

Besprechungen

Sombart, Werner: *Vom Menschen*. Versuch einer geistwissenschaftlichen Anthropologie. 2. Auflage (photomechanischer Nachdruck.) Berlin 1956. Verlag Duncker & Humblot. XXIII, 463 S.

Als dieses Buch zuerst erschien, in der Hochblüte „national-sozialistischer Geistigkeit“, war es unzeitgemäß, wie der Verfasser überhaupt, nach einer gelegentlichen Äußerung, „immer falsch gelegen“ zu haben vermeinte. Wie die Geschichte des Geistes auch der Wissenschaften zeigt, sind oft Werke, die aus dieser „falschen Lage“ heraus geschaffen werden, am ehesten gewürdigt, zu überdauern. Es ist dankbar zu begrüßen, daß dieses Buch nun in würdiger Form wieder vorliegt, nachdem sein erstes Erscheinen, so verdienstlich die Leistung des damaligen Verlegers war, in recht bescheidenem Gewand sich vollzogen hatte. Rezensionen hatte es, ebenfalls nach einer Mitteilung des Autors, kaum gegeben. Die, damals jedenfalls, auf „richtigere Lage“ bedachte Wissenschaft hielt sich größtenteils, wohl nicht ganz freiwillig, klug zurück.

Freilich ist es auch kaum möglich, dieses Buch zu rezensieren. Eine Inhaltsangabe vermag vollends nicht entfernt ein Bild zu geben von seinem in dichtester Form gebotenen Reichtum an Gedanken und Berichten. Wenn Sombart unter den zahlreichen Definitionen des Wesens des Menschen, die er aus seiner unvergleichlichen Kenntnis selbst sonst vergessener Schriften zitiert, die vermißt, daß der Mensch das Geschöpf sei, das sich langweilt, so mag dabei eine Erinnerung an seinen am meisten geschätzten Philosophen Schopenhauer nachklingen, der das menschliche Leben zwischen Langeweile und Schmerz dahingehen sieht. Es kann aber auch vermutet werden, daß Sombart sich in den letzten Jahren seines Lebens, wie dies ja in dieser Gegenwart verständlich ist, ungeheuer gelangweilt haben muß, wenn man den Reichtum überblickt, den er sich aus der Weltliteratur zu dem Thema „Mensch“ zu eigen gemacht, gedanklich bewältigt und in einer umfassenden eigenen Anschauung mit verarbeitet hat. Weiter zitiert einmal eine Anmerkung Sombarts, die Kultur sei wesentlich aus der „Kainoma-Flucht“, aus der Flucht vor der Leere des Daseins hervorgegangen. Vielleicht darf man dabei auch an dieses Buch denken, das jedenfalls der Kultur seines Verfassers, seiner Überlegenheit über alles zünftige Wissen und seine Fakultäten- und Disziplinenenge, ein erlesenes — im doppelten Sinn des Wortes — Zeugnis ausstellt. Wenn ein Buch es verdienen würde, in einer der jetzt sich in Buchreihen ausbreitenden Popularisierung des Wissens als ein klassisches Werk einem weiten Kreise zugänglich gemacht zu werden, so wäre es

dieses. Nur würde der verdienstvolle Verleger Werner Sombarts dabei vielleicht nicht zu dem Erfolg seiner Leistung kommen, den diese erneute Publikation verdient.

Man muß den Begriff der von Sombart speziell als „geisteswissenschaftlich“ charakterisierten, von ihm vertretenen „Anthropologie“ sehr weit spannen, wenn man seinen Gegenstand und die Mannigfaltigkeit der wissenschaftlichen Methoden kennzeichnen will, die in diesem Buch gemeistert werden. Am besten nennt man es ein im streng wissenschaftlichen Sinn philosophisches Buch, in dem in einer nicht „enzyklopädischen“, sondern synthetischen Weise eine Mannigfaltigkeit wissenschaftlicher Forschungsweisen, die dereinst der Philosophie entsprungen waren, wieder aus einer lebendigen und konkreten Grundkonzeption des Menschen, seiner Existenz und seiner Lebenswelt heraus fruchtbar gemacht werden. Man darf im übrigen diese einheitliche Grundkonzeption des Verfassers nicht mit der Enge eines „Standpunkts“ verwechseln. Bedenkt man die vornehme Charakteristik, die Leopold von Wiese seinem lebenslänglichen, in gewisser Weise als Antipoden zu betrachtenden Kollegen neuestens im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“ gewidmet hat, so versteht sich Sombarts Neigung, Einzelgänger zu sein, Paradoxe zu bevorzugen und gängige Meinungen „auf den Kopf zu stellen“ als ein Ausdruck seiner heute weniger als je üblichen Neigung, sich auf keinen „Standpunkt“ festzulegen. Das gilt auch für seine Fassung des „Wesens“ des Menschen und seine „geisteswissenschaftliche“ Anthropologie. Gerade durch das ständige Hinüberwechseln von einer Disziplin in die andere, durch das Konfrontieren der verschiedensten Gesichtspunkte und der von ihnen her sich erschließenden Einblicke gewinnt Sombart die Fülle seines Wesensbildes. Freilich bleibt ein solches Werk ein Ärgernis denen, die nur aus einer bestimmten Wissenschaft heraus denken, und sei es die „Anthropologie“, und eine Verlegenheit, es zu besprechen für einen Rezensenten, der ihm gerecht werden möchte. Wenn das „Menschenreich“, die „Taten des Geistes“ und die „Wandlungen des Menschenbildes im Laufe der Geschichte“ mit einer außerordentlichen Fülle des historischen Wissens und der Kenntnis der Literatur auf wenig mehr als hundert Seiten dargestellt werden, wenn in einem zweiten Teil „Menschen und Völker“ nach den „individuellen Verschiedenheiten der Menschen“, und „Volk“ und „Völker“ schlechthin behandelt werden, und wenn dann das „Werden der Menschheit“ und „Werden und Vergehen der Völker“ und endlich der „Werdegang der Einzelperson“ in einem alles in allem nicht starken Band untersucht und die darauf bezogenen vorliegenden wissenschaftlichen Theorien und Erkenntnisse geprüft werden, dann mag der Leser sich aus dieser Aufzählung einiger weniger Überschriften ein Bild machen von dem, was hier geistig bewältigt worden ist.

Es gibt allerlei oberflächliche, wohl als „naturalistisch“ zu charakterisierende und recht gängige Bücher über den „Menschen“. Und

es gibt die leere Hülse immer wieder auskauenden „existentialistischen“ Lehren. Es ist zu wünschen, daß dieses geist- und lebensvolle Werk dagegen endlich seine Wirkung über den keineswegs kleinen Kreis seiner Leser bei seinem ersten Erscheinen hinaus üben wird. Und es möchte angeregt werden, daß auch Leopold von Wieses fast gleichzeitig erschienenenes schönes Buch „Homo sum“ neu herausgebracht würde.

Werner Ziegenfuß - Berlin

Weippert, Georg: *Werner Sombarts Gestaltidee des Wirtschaftssystems*. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. 162 S.

Versucht man, sich darüber Rechenschaft abzulegen, was einen klar abzugrenzenden Kreis von Gelehrten der inzwischen älteren oder größtenteils schon verstorbenen Generation von Sozialökonomien und Soziologen so entschieden abhebt gegen heute dominierende Richtungen, so mag vielleicht Folgendes besonders ins Auge fallen: Zunächst ein vorherrschendes und zu großartigen Werken führendes Bemühen, historisches und systematisches Denken innerlich zu verbinden. Sodann die Fähigkeit, Erfahrungswissenschaft und Theorie nicht gegeneinander auszuspielen oder möglichst unabhängig voneinander zu entwickeln, sondern produktiv aufeinander zu beziehen. Endlich Gegenstand und Methode der Sozialwissenschaften in weiteren geschichtlich-kulturellen Zusammenhängen zu sehen und zu verstehen. Nach seinen Leistungen als Forscher und Erkenntniskritiker ist Werner Sombart ein hervorragender Repräsentant jener in ihrer Fruchtbarkeit kaum wieder erreichten Gelehrtenwelt, die in ihren positiven Erkenntnisleistungen ebenso originell und produktiv wie im Nachdenken über ihre Kunst der Erkenntnis selbstkritisch und belehrend ist. Während es verhältnismäßig leicht ist, aus seinen historisch-systematischen Darstellungen immer wieder Nutzen zu ziehen, ist seine Erkenntniskritik der eigenen Wissenschaft und Arbeit nicht leicht durchschaubar. Sie ist im einzelnen auch nicht immer frei von Widersprüchen. Das liegt im Wesen des lebendig fortschreitenden Geistes. Wie bei Max Weber, so zeigt sich auch bei Sombart, daß die Erkenntnislehre Kants, die in der Zeit seiner großen produktiven Entwicklung weithin erneuert wurde, zwar sehr dazu beitrug, das kritische Selbstbewußtsein der Wissenschaft zu kräftigen, aber auch mit ihren speziellen Thesen zuweilen hemmend wirkte und geradezu dazu führte, daß der tatsächliche bereits errungene Weit- und Tiefblick in die gegenständlichen Zusammenhänge, namentlich auch historischer Art, hinein und die methodische und sachliche Fundiertheit der sich so großartig entfaltenden Sozialwissenschaften für das methodische Bewußtsein der Forscher zu vorsichtig interpretiert wurden in einer Art von kritizistischer Askese, die ihnen nicht gerecht wurde.

Es muß als ein besonderes Verdienst des vorliegenden Buches von Weippert angesehen werden, daß es ebenso gründlich und genau wie weitblickend die erkenntnistheoretische Erörterung und Darstellung, die Sombart seiner Disziplin gewidmet hat, allseitig und im

weitesten fachwissenschaftlichen und philosophischen Zusammenhang prüft, kritisch darstellt und in ihrem bleibenden Ertrag herausarbeitet. Es ist zu wünschen, daß auf diese Weise das manchmal etwas gespalten erscheinende Methodenbewußtsein der Sozialwissenschaften sich von hier aus in größerem Ausmaß wieder zu jener inneren Einheitlichkeit, wenn auch keineswegs Einfachheit hinfindet, um die die großen Repräsentanten der Sozialwissenschaften in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts bemüht waren. Das Buch von Weippert setzt freilich bei seinem Leser eine Vertrautheit mit der Erkenntnistheorie voraus, die heute kaum selbstverständlich sein dürfte, wenn man bedenkt, wie leichthin jener Positivismus, der über die USA nach Europa zurückkehrend nicht gerade tiefsinniger geworden ist, als „Empirie“ in den Sozialwissenschaften, ahnungslos gegenüber der in der Tradition der europäischen Erkenntniskritik längst entwickelten Problematik der „Erfahrung“, munter propagiert wird. Die Art, wie Weippert, auch über Sombart hinausgehend, sachlich-methodisch Denkformen und systematische Möglichkeiten einer nicht abstrakt konstruierenden, sondern wirklichkeitsgültigen, dabei aber nicht nur objektivistischen, sondern Geist und Leben des Menschen in der Wirtschaft mit aufschließenden Sozialökonomie kritisch prüft und darstellt, ist geeignet, den Leser wieder in jene anspruchsvolleren Denkweisen hineinzuführen, die, niemals ganz ohne Zusammenhang mit der großen philosophischen Tradition, gelegentlich als besondere Wesensart der deutschen Wissenschaft auch auf „empirischem“ und historischem Forschungsgebiet hervorgehoben worden sind. Die Kritik an Sombart, die dabei in gründlicher Weise geübt wird, führt den Verfasser über seinen Meister in fruchtbarer Weise hinaus. Man muß diesem Buch eine Wirkung in dem Sinne wünschen, in dem Sombart selbst seine erkenntnistheoretischen, immer weiter fortschreitenden Bemühungen entwickelt hat.

Werner Ziegenfuß - Berlin

Mackenroth, Gerhard: *Sinn und Ausdruck in der sozialen Formenwelt*. Meisenheim/Glan 1952. Westkulturverlag Anton Hain. 216 S.

Es hieße alles beiseitewerfen, was die Kritik und Theorie der wissenschaftlichen, d. h. wirklichkeitsgültigen und überprüften Erkenntnis in den letzten rund zweihundert Jahren in Europa erarbeitet hat, wenn man meinen wollte, es könne eine „Sozialforschung“ oder sogenannte „empirische Soziologie“ geben, die nicht methodisch und in dem besonderen Charakter und Grad der Gültigkeit ihrer Ergebnisse wesentlich mitbedingt wäre von den Voraussetzungen und der Struktur der Grundauffassung ihres Gegenstandes, die sie niemals aus der bloßen „Erfahrung“ entnehmen kann, sondern für deren Möglichkeit als sinnvolle Erkenntnis mitbringen, fortgestalten und ständig kontrollieren und erweitern muß. Schon in der bloßen „Frage“ liegt diese Voraussetzung inbegriffen. Daß alsdann der Zweck der wissenschaftlichen Forschung und Erkenntnis nicht darin besteht, in unverbind-

lichen Theoremen zu schweifen, sondern die Wirklichkeit zu erkennen, ist vollends nicht erst eine Einsicht der erwähnten, früher in Europa als Positivismus bezeichneten naiven Meinungen, und es ist auch von keiner Kritik der wissenschaftlichen Erkenntnis gelehnet worden. Vielmehr besteht der Sinn der Erkenntniskritik gerade darin, eine wirkliche Realerkenntnis zu sichern gegen die mannigfachen Möglichkeiten der Täuschung und der Selbsttäuschung, die kaum irgendwo so bedenklich wirken können wie im Bereich der Sozialwissenschaften.

So bedeutet es also einen wesentlichen Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis, wenn ein neues Werk vom Gegenstand und von der Sache wie von den Methoden her untersucht und prüft, in welcher Weise die Sozialwelt realgültig betrachtet und wissenschaftlich erkannt werden soll. Dabei kann es von vornherein zugestanden werden, daß keine derartige Untersuchung erschöpfend und uniform „die“ Theorie der sozialen Wirklichkeit als solcher und der auf sie gerichteten Erkenntnisweisen sein kann. Aber es ist schon ein außerordentliches Verdienst, wenn sie, wie dies bei dem hier anzuzeigenden Buch von Mackenroth der Fall ist, einen in sich sinnvollen Zusammenhang wesentlicher Grundzüge der sozialen Realität und der sie verstehenden Erkenntnis herausarbeitet, interpretiert, sichert und zugleich gegen jene Fülle oberflächlicher andersartiger, wieder nach hier eindringender, obgleich längst zuvor erledigter Theoreme abgrenzt, die nur aus Mangel an ausreichend gründlicher Kenntnis der europäischen Erkenntnistheorie und Philosophie überhaupt wieder zu einigem Ansehen gelangen zu können scheinen.

Mackenroth, der die verstehende Soziologie als „Ausdrucks- wissenschaft des Sozialen“ interpretiert, erfaßt damit, um dies nochmals zu betonen, natürlich nicht die ganze Soziologie oder die Gesamtheit der Sozialwissenschaften. Diese sind auch mehr und anderes. Aber er betont, wenn er die Bedeutung von „Sinn“ und „Erleben“, von „Ausdruck“ und „Gestalt“ in umsichtigen Ausführungen hervorhebt, gerade jenen Wesenszug auch der gesellschaftlichen Wirklichkeit, der in einer immer mehr „zweckrational“ beherrschten sozialen Existenz und in einem immer mehr sich entwickelnden Erkennen im Geist pragmatistischer Interessen und Methoden fortschreitend mehr vergessen zu werden droht. Die Kritik, die Mackenroth in besonnener Weise an allen jenen Forschungsrichtungen und letztlich naturalistisch-, „weltanschaulich“ oder eben pragmatistisch gesonnenen Denkweisen übt, ist durchaus notwendig. Von einer „Romantik“ bleibt der Autor dabei entfernt, wenn auch zuweilen das, was er als Stilbild der sozialen Welt, als ihren inneren Lebenszusammenhang, der Gestalten aus sich hervorbringt, betont, den Verlust der Gegenwart an eben jenen Gestaltwelten desto schmerzlicher zum Bewußtsein bringt. Noch übersehen wir in allzu betriebsamer Geschäftigkeit — in Praxis und Wissenschaft — zuweilen, wie rapide die Formenwelten zugrunde gegangen sind und fortwährend weiter zerbrechen oder aufgelöst wer-

den, in denen ein bestandhafteres Leben Jahrhunderte lang seinen Sinn und Ausdruck gefunden und bewahrt hatte. Mackenroth selbst ist der Meinung, wir lebten in einer Zeit des „Zerbrechens aller sozialen Formen“ und er will der Soziologie die Aufgabe stellen, dem mit entgegenzuwirken. Aber wie? Es ist kaum abzusehen, wie dem „Menschen“ überhaupt noch eine Chance erhalten bleiben kann, in Geist und Wirklichkeit, in Gesellschaft oder gar Politik — die immer mehr in Verbindung mit naturwissenschaftlicher Technik und bürokratisierter Wirtschaft das Leben beherrscht — „Stil“ oder „Ausdruck“, ja, überhaupt die gesellschaftliche Lebendigkeit als eine „soziale Formenwelt“ zu „gestalten“. Eben darum aber ist das Buch Mackenroths über seine Bedeutung als systematisch-kritische Untersuchung der sozialwissenschaftlichen Erkenntnisformen hinaus auch eine aus sehr ernstem kulturwissenschaftlichem Verantwortungsbewußtsein stammende Mahnung und Warnung. Diese richtet sich zwar im einzelnen, dem Charakter seiner Untersuchung entsprechend, an die Wissenschaften, aber ihre Gründe und Voraussetzungen wie ihre spürbare letzte Absicht greifen darüber hinaus in eben jene Lebenswelt hinein, deren Gefährdung nicht deutlich genug betont werden kann. Gelänge es dem Buch von Mackenroth, in dieser Hinsicht die Geister noch mehr zu wecken, als dies meist außerhalb der Wissenschaft von Kultur- und Gesellschaftskritikern bereits geschehen ist, so würde es damit über seinen Erkenntnisgewinn hinaus eine kulturpolitische Mission erfüllen, die auch vielleicht dazu führen könnte, dem Gesamtbereich der Sozialwissenschaften endlich im Zusammenwirken aller Wissenschaften jenen Platz zuzubilligen, der ihm gerade angesichts so mannigfacher Gefährdungen der „sozialen Formenwelt“ zukommen müßte. Wie immer die wissenschaftspolitischen und überhaupt wissenschaftlichen Wirkungen dieses Buches sein mögen — sein viel zu früh verstorbener Verfasser hat sich mit ihm ein Denkmal gesetzt, das unserer besten Traditionen würdig ist.

Werner Ziegenfuß · Berlin

Müller, Karl Valentin: *Die Begabung in der sozialen Wirklichkeit*. Ergebnisse der begabungssoziologischen Erhebung Niedersachsens. Göttingen o. J.

Die Schwierigkeit einer Untersuchung, die unmittelbare Beziehungen zwischen Häufungserscheinungen von Begabung oder Begabungsminderung, und Erscheinungen und Gegebenheiten der sozialen Realität aufsuchen will, besteht darin, daß praktisch doch immer nur relativ kleine Ausschnitte aus der menschlichen Wirklichkeit erforscht und interpretiert werden können, und daß die mannigfaltige Bedingtheit und Verflochtenheit dieser erfragten Gegebenheiten mit der Gesamtheit aller kulturell-gesellschaftlich wesentlichen Bedingungen und Wirkungsmächte kaum erschöpfend zutagegebracht werden kann. Der Verfasser ist sich der Grenzen, die seiner Untersuchung gesteckt sind, bewußt: „es bieten sich zur Erklärung der feststehenden Tat-

sache, daß drei aufeinanderfolgenden Jahrgängen der Gesamtschülerschaft eines Regierungsbezirks in unterschiedlicher und zwar abnehmender Häufigkeit gute Begabungsprädikate erteilt wurden, mehrere Arbeitshypothesen an, unter denen die sozialanthropologische jedenfalls ernsthaft Wettbewerb hält“ (S. 14). Ein sehr wesentliches Problem liegt freilich auch darin, daß Schulen und Prüfungen von Schulungsergebnissen kaum geeignet sind, „Begabungen“, sei es jener Intelligenz, die die wichtigste ist im Leben und die sich nur in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit entfalten kann, sei es der geistigen Schöpferkraft des Menschen, die oft erst sehr viel später und nicht selten sehr im Unterschied von „Zeugnissen“ aller Art zutage tritt, zu erkennen und zuverlässig festzustellen. So ergeben dann auch rechnungsmäßig ermittelte Vergleichswerte, wie hier etwa zwischen den Kindern von Flüchtlingen und von Einheimischen, zwar interessante, aber kaum sehr tiefgreifende und zumindest vieldeutige Ergebnisse, sofern man nicht überhaupt nur der Meinung ist, daß zahlenmäßige Häufungserscheinungen bestenfalls als Anregung für tiefergreifende und dann doch stark an individualpsychologischen Erkenntnissen zu orientierende Untersuchungen zu dienen haben. Etwas mißverständlich klingt es, wenn der Verf. weniger nach einer psychologischen als nach einer biologischen Fundierung strebt und seine Untersuchung insofern geradezu als eine „sozialbiologische“ bezeichnet (S. 46). Jedoch regt seine Prüfung des „sozialen Verhaltens“ als „Komponente der Sozialisierung“, bei aller Schematik, die derartigen Zusammenfassungen notwendigerweise zu eigen ist, doch an, Möglichkeiten des Vergleichs zwischen Begabung und sozialem Verhalten zu suchen (S. 36 f.). Der Verf. will die „Faktoren der sozialen Bewährung“ als „wesentlich erbgesteuert“ aufzeigen, „bei allem gar nicht bestrittenen, möglichen oder wahrscheinlichen Einfluß differierender Umweltreize“.

Werner Ziegenfuß - Berlin

Meyer, Klaus: *Theodor Schiemann als politischer Publizist*. Frankfurt a. Main-Hamburg 1956. Verlag Rütten & Loening. 320 S.

Diese Studie ist die erste Veröffentlichung in der Schriftenreihe: „Nord- und Osteuropäische Geschichtsstudien.“ Sie vermittelt ein im ganzen richtiges Bild von der publizistischen und politischen Wirksamkeit Theodor Schiemanns während der Jahre 1887/1921, dem ein biographischer Abschnitt vorausgeht. Es handelt sich um eine sorgfältige, solide, auf recht umfangreichem Quellenmaterial aufgebaute Arbeit. Allerdings gibt sie nicht über alle bedeutsamen Ereignisse der entsprechenden Zeit und die Stellungnahme Schiemanns zu ihnen Auskunft. Das mag daran liegen, daß die dem Verfasser verfügbaren Quellen in bezug auf einige Vorgänge versagten. So fehlt die Stellungnahme Schiemanns 1. zu den Friedenskonferenzen im Haag von 1899 und 1907, 2. wird die russischerseits Ende 1916 unternommene Initiative, zu Sonderverhandlungen mit dem Reich zu gelangen, überhaupt nicht erwähnt. Hat Th. Sch. dazu keine Stellung

genommen? 3. Obgleich der Verf. mit der Bemerkung, er gäbe kein vollständiges Bild der Persönlichkeit Sch.s, sich gegen den Vorwurf der Unvollständigkeit und teilweisen Verzeichnung abschirmt, ließe sich doch nicht ganz vermeiden, auf Sch. als Charakter einzugehen. Dies ist aber nur sehr unzureichend geschehen. 4. Es hätte das Verständnis von Sch.s Eigenart sehr gefördert, wenn eine kurze historisch-psychologische Skizze des „Balten“ eingefügt worden wäre. Dem Leser bleibt manches unverständlich, weil er sich unter „deutsch-baltisch“ nichts Konkretes vorstellen kann. 5. Müßte der Inhalt des kaiserlichen Interviews mit dem Daily Telegraph, das s. Z. großes Aufsehen erregt hat, wiedergegeben werden. Wer weiß denn heute noch, was es besagt hat? 6. Aus den beigebrachten Unterlagen folgt nicht, daß Sch. ein bloßer Nacheiferer Treitschkes gewesen ist.

Alle sonstigen Schlußfolgerungen des Autors sind begründet. In der Hauptsache bietet die Schrift eine Darstellung des Rußlandbildes Sch.s. Die Schilderung ist zutreffend und die Gegenüberstellung der Ansichten von Sch. und von Hoetzsch (S. 210 u. ff.) aufschlußreich. Heute kann es nicht zweifelhaft sein, welche Ansicht über Rußland die richtige ist; zweifellos die von Hoetzsch, der sich der Autor mit Recht bei seiner Kritik des Rußlandbildes Sch.s anschließt. Diese Kritik läßt aber eine Darlegung der Gründe, warum ein typischer Balte, der in den 80er Jahren publizistisch tätig war, dieses Rußlandbild hatte, vermissen. Die Ereignisse nach dem ersten Weltkrieg, bis in die unmittelbare Gegenwart, beweisen, daß der russische Staat nicht, wie die meisten Balten in den 80er Jahren behaupteten, ein „Koloß auf tönernen Füßen“ ist, sondern ein Gebilde darstellt mit großer, im Wesen des Russentums begründeter Regenerations- und Assimilationsfähigkeit, und sehr ausgeprägtem Wirbewußtsein. Bedingt durch ihren Werdegang (Kolonisatoren und Eroberer), die Jahrhunderte lang das Land als absolute Herren über die indigene Bevölkerung beherrscht haben, haben die Balten infolge der Russifizierung des Gerichtswesens, der Schulen und der Verwaltung, die Anfang der 80er Jahre erfolgte, größtenteils eine schroffe Ablehnung gegenüber dem Russentum in sich aufgenommen und in Deutschland größtenteils eine unrichtige einseitige Vorstellung von Rußland verbreitet. Ein Wandel im Rußlandbild der Balten ist erst innerhalb der Generation, die um die Jahrhundertwende politisch mündig wurde, eingetreten. Sch. gehörte der vorhergehenden Generation an und hat das damals vorherrschende Rußlandbild, obwohl geläutert durch seine Geschichtskenntnisse, bis an sein Lebensende beibehalten.

Befremdend wirkt, daß der Verfasser, nachdem er der Familie Schiemann in der Einleitung für ihr „großzügiges Entgegenkommen und unermüdliches Interesse“ dankt, es nicht vermieden hat, aus den Erinnerungen Bülows, in denen dieser fast jeden seiner Zeitgenossen verunglimpft hat, wörtlich Bülows selbstgefällige und großspurige Äußerungen über seine (angeblichen?) Hilfeleistungen Sch. gegenüber wiederzugeben, die geeignet sind, Sch.s Persönlichkeit herab-

zusetzen. Diese Bülow'schen Äußerungen hätten sehr gut wegleiben können, denn sie tragen zur Charakteristik Sch.s nichts bei.

Roderich v. Ungern-Sternberg-Kirchzarten

Schmölders, G. — Schröder, R. — Seidenfus, H. St.: *John Maynard Keynes als „Psychologe“*. Berlin 1956. Duncker & Humblot. 167 S.

Das mit diesem Buch angeschnittene Thema muß als höchst aktuell bezeichnet werden, behandelt es doch den „Einbruch“ des Psychologismus in die Wirtschaftstheorie. Hatte man zunächst die psychologischen Aprioris von Keynes vorbehaltlos und zum Teil bewundernd hingenommen (man vergleiche die Beurteilung des Hanges zum Verbrauch in der Literatur), so hat man sich im Laufe der Zeit zunehmend kritisch geäußert. Das vorliegende Buch, in dem G. Schmölders „J. M. Keynes' Beitrag zur ökonomischen Verhaltensforschung“, R. Schröder „J. M. Keynes als „Psychologe““ und H. St. Seidenfus „Zur Theorie der Erwartungen“ schreiben, ist ein beredter Ausdruck dieser kritischen Einstellung. Schmölders vergleicht Keynes und Marshall hinsichtlich ihrer psychologischen Voraussetzungen und weist nach, daß Marshall noch ganz im Zeichen der Auffassung der klassischen Nationalökonomie vom wirtschaftenden Menschen steht und demgegenüber Keynes beim Verhalten des Menschen den Zeitfaktor bei seiner Einführung der Erwartungen in die Wirtschaftstheorie berücksichtigt. „Nicht Preise, Gewinne, Löhne und Zinsen bestimmen bei Keynes das wirtschaftliche Verhalten der Unternehmer usw., sondern Preis- und Gewinnerwartungen, Risikoerwägungen und die Furcht vor Verlusten.“ In diesem Sinne hat Keynes die Motivationslehre, wie sie in Deutschland als erster Adolph Wagner entwickelt hat, erheblich modernisiert und der Wirtschaftstheorie eine wertvolle psychologische Ergänzung gegeben.

Die Studie von R. Schröder entwickelt kenntnisreich den Zusammenhang zwischen Wirtschaftstheorie und Psychologie, wobei die modernen psychologischen Richtungen ausgiebig zu Worte kommen. Es wird insbesondere nachgewiesen, daß Keynes bei der Abfassung seiner psychologischen Gesetze Facharbeiten auf dem Gebiete der Psychologie nicht zu Rate gezogen hat und im übrigen starke, manchmal gefährliche Vereinfachungen vornimmt. Nach des Verfassers Meinung handelt es sich bei den psychologischen Bemerkungen von Keynes nur um die literarische Verarbeitung von subjektiven Eindrücken.

H. St. Seidenfus befaßt sich insbesondere mit der Theorie der Erwartungen, zunächst lehrgeschichtlich und dann bei Keynes. Die Stärke dieses Artikels liegt in einer phänomenologischen Analyse der Erwartungen, die aufs engste mit der Theorie der menschlichen Handlungen, wie sie z. B. Talcott Parsons geboten hat, verbunden ist. Der Verfasser unterscheidet zusammenfassend drei Ebenen der Betrachtung: 1. die individuell-psychologische, 2. die soziologische und 3. die institutionelle.

Allen, die sich mit dem Problem des Psychologismus in unserer Wissenschaft befassen wollen, sei das Buch wärmstens empfohlen.

Friedrich Bülow - Berlin

Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung.
Festgabe für Ferdinand Friedensburg zum 70. Geburtstag. Überreicht von dem Kollegium der Abteilungsleiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Berlin 1956. Verlag Duncker & Humblot. XII, 222 S.

Ferdinand Grünig, ein Abteilungsleiter im Institut, der aus den „Vierteljahresheften zur Wirtschaftsforschung“ bekannt ist, eröffnet die schön ausgestattete Festgabe mit einem Geleitwort: In würdiger und anziehender Weise stellt er Friedensburgs Lebensgang und Werk dar, zu dem — nicht zuletzt — der Neuaufbau des Instituts gehört, dessen dreißigjähriges Jubiläum mit dem Geburtstag seines Präsidenten nicht zufällig zusammenfalle. An dies Geleitwort schließt sich an der Glückwunsch Fritz Baades. Dieser (Nachfolger von Harms und Predöhl) sprach nicht nur für das Kieler Institut für Weltwirtschaft, sondern zugleich im Namen der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute“. Vor allem hob er die — nicht nur pekuniären — Vorteile hervor, welche die Bundesregierung durch die Forschungstätigkeit und die Beratung der Bundesbehörden habe, wofür die Arbeitsgemeinschaft eine Pauschalvergütung von jährlich 750 000 DM erhalte. Im übrigen gliedert sich die Festgabe in drei Teile: „Festansprachen“, „Festvorträge“ und „Aufsätze“.

Die „Festansprachen“ sind, im Gegensatz zu den üblichen, durchaus des Lesens wert. Unter ihnen steht Friedensburgs Ansprache — nicht nur räumlich — an erster Stelle. Anschaulich würdigt er die sachlichen Aufgaben und Leistungen des Instituts, ohne ins Propagandistische zu verfallen und ohne seinen Vorgänger, Wagemann, zu kritisieren. Seine eigene Tätigkeit erwähnte er überhaupt nicht. In der folgenden Ansprache Otto Suhrs, der als Regierender Bürgermeister von Berlin sprach, spielt dagegen das Persönliche vielleicht schon eine zu große Rolle. Der dritte Festredner, Joachim Tiburtius (Senator für Volksbildung und zugleich Abteilungsleiter im Institut) greift Wagemann — m. E. mit vollem Recht — scharf an. Die Reihe der Festansprachen abschließend, hielt Theodor Heuß eine joviale, sympathisch wirkende Rede, die, um des Bundespräsidenten eigene Worte zu gebrauchen, nicht „taktlos werden“ dürfe und es m. E. auch nicht geworden ist. So sind die Festansprachen sehr gut aufeinander abgestimmt.

Die „Festvorträge“ hielten Andreas Paulsen als Rektor der Freien Universität Berlin und der schon genannte Grünig. Paulsen behandelte das Thema „Wirtschaftsforschung und Technik“. Aus seinen Worten spricht eine erfreuliche Abneigung gegen Technokratie. Er beruft sich mehrfach auf Platon. Für beides als Beispiel folgender

Satz: „Plato wünschte sich den Weisen als den idealen König, — das war immerhin verständiger als der Ruf nach dem rationalen Ingenieur der Gesellschaft und Wirtschaft, der im Sinne einer Technokratie den Zufall, die Willkür, das bloße Ungefähr in den wirtschaftlichen Gestaltungen durch das unbestechliche Kalkül des Rechenschiebers und der Statistik zu ersetzen habe“ (S. 37). Ferdinand Grünig sprach ebenso knapp wie präzise über „Die Wirtschaftsentwicklung West-Berlins unter wirtschaftswissenschaftlichem Aspekt“.

Die „Aufsätze“ sind sämtlich von Abteilungsleitern im Institut verfaßt. Sie nehmen vier Fünftel des Raumes der Festgabe ein; sie können aber wegen der Fülle des statistischen Materials, das sie bringen, und wegen der Schwierigkeit der methodischen Fragen, die sie aufwerfen, an dieser Stelle nicht entsprechend dem wertvollen Inhalt und der Bedeutung der meisten von ihnen gewürdigt werden.

Ihre Reihe eröffnet Wisslers Untersuchung über „Empirische Konjunkturforschung als ‚exakte‘ Wissenschaft“. Sie trägt den Untertitel „Theorie und Empirie“. Schon aus den beiden Überschriften ergibt sich, daß neben einer methodologischen Frage der Wirtschaftswissenschaft ein philosophisches Grundproblem behandelt wird. Dazu kommt noch die weitere Fragestellung des Verfassers nach dem Verhältnis von Natur- und Geisteswissenschaft, so daß sich ein sehr verwickelter Gedankengang ergibt. Dazu sei zunächst bemerkt, daß Wissler gern „säkularisiert“ (S. 65) und solche säkularisierte Begriffe dann in Anführungszeichen setzt, sogar das Wort „Geist“, der in der empirischen Konjunkturforschung lebt“ (S. 64). Schließlich scheint er aber selbst zu spüren, daß bei seinen umständlichen Untersuchungen über das Verhältnis von Theorie und Empirie nicht viel herauskommt, wenn er schreibt: „Aber da die Sache bei ruhiger Betrachtung so sehr auf der Hand liegt und die Praxis der Forschung, wenn man sie nur mit allen Mitteln der modernen Beobachtungstechnik ernst betreibt, eigentlich selber alles aufzeigt, läge darin darstellerisch und pädagogisch mehr eine Gefahr als eine Chance des Erfolges: denn man müßte sich damit doch etwas auf Gebiete begeben, auf denen Beweise nicht ganz so evident geführt werden können und der Gegner immer wieder glaubt, sich auf seine ‚letzten‘ philosophischen Positionen zurückziehen zu können, und er so entweicht. Bei den ‚Tatsachen‘ ist dies nicht so leicht“ (S. 86 f., im Text habe ich den offensichtlichen Druckfehler: „Positiven“ statt Positionen verbessert. W. A.). Nach der hier, wie auch in vielen anderen Stellen zum Ausdruck kommenden Haltung ist der Besprecher versucht, den Verfasser einen „positivistischen Pädagogen unserer Zeit“ zu nennen. Der folgende Aufsatz Rolf Krenfels über „Die Entwicklung des Anlagevermögens der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955“ bringt einen beachtlichen „Beitrag zur Problematik der Vermögensrechnung“. Sein Verf. ist sich des bedingten Wertes aller Statistiken sehr wohl bewußt. Der eilige Leser sei vor allem auf die beiden Schlußabschnitte „Zusammenfassung“ und „Ausblick“ (S. 144 ff.) hingewiesen. Dazu die Anmerkung,

daß im Buche leider ein ausführliches, die Abschnitte berücksichtigendes Inhaltsverzeichnis und ein Sach- und Namensverzeichnis fehlen. Der dritte Aufsatz trägt das Thema „Die Entwicklung der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945 und der augenblickliche Stand der Versorgung mit Nahrungsmitteln“. Es ist ein politischer Aufsatz mit wissenschaftlicher Haltung und schließt (m. E. berechtigt) mit einem Werturteil gegen die sowjetische Wirtschaftsführung (S. 178). Als vierter behandelt Gerhard Abeken „Die sowjetzonale Wirtschaftsexpansion und ihre Darstellung in der offiziellen Berichterstattung“. Die Einleitung dieses Aufsatzes kennzeichnet die Haltung seines Verfassers. Die Reihe der Aufsätze beschließt Bruno Kieseewetter mit einer Untersuchung über „Industrielle Entwicklungstendenzen in der UdSSR“.

Überblickt man die ganze Reihe der Aufsätze, so ergibt sich schon aus deren Titeln, daß sie einander ebensogut ergänzen wie die Festansprachen. Was ihren Inhalt betrifft, so kann auch ein gewiegter Statistiker aus der Handhabung der statistischen Methoden vieles lernen. Das gilt insbesondere von der Aufdeckung der Fehler in der sowjetischen Statistik. Sachlich bringt die Darstellung der sowjetischen Verhältnisse (bzw. derer in der sowjetischen Besatzungszone) manches Neue, auch für einen Kenner des Stoffes.

Wilhelm Andreae - Gießen

Föhl, Carl: *Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf*. 2. Auflage. Berlin 1955. Verlag Duncker & Humblot. 436 S.

Nach 20 Jahren ein Buch unverändert aufzulegen, das bei seinem Erscheinen in Deutschland alles andere als sensationell wirkte, dessen Auslandswirkung überschattet wurde durch Keynes' General Theory, ein Buch, das man zwar nicht mehr verschweigt, aber auch selten genug auswertet, muß ein verlegerisches Wagnis sein. Um so mehr ist das wissenschaftliche Ereignis zu begrüßen, zwingt es doch dazu, das so oft gerühmte Buch („Zu gleichen Ergebnissen kam auch Föhl . . .“) wirklich zu studieren und zu erkennen, wieviel anderes als bei Keynes sich in diesem Werk findet.

Dem Wissenschaftshistoriker wird es ein Anliegen sein zu klären, warum Föhl so lange praktisch unbekannt blieb. Der Autor nennt im Vorwort zur zweiten Auflage selbst einige Gründe: die geringe Aufnahmebereitschaft der deutschen Volkswirte (die ersten Rezensionen sind ein Beispiel), die damals isolierende Wirkung der deutschen Sprache, zu der noch die allgemeine Isolierung aller deutschen Wissenschaft schon in der Vorkriegszeit hinzukommt. Vielleicht liegt es auch daran, daß Keynes' Werk in der Gesamtanlage leichter überschaubar ist. Föhl hat sich viel mehr vorgenommen als Keynes und ist weniger leicht mit seinen wesentlichen Gedanken auf einprägsame Formeln zu bringen. So wird er möglicherweise auch in Zukunft nur nebenbei zitiert werden, jetzt aber aus Gewohnheit, einer Gewohnheit, die auch bei den Antikeynesianern eine Gemeinsamkeit der

Argumentationsweise und der Problemstellung hervorgebracht hat, in die sich Föhl nur dann einordnen läßt, wenn man ihn gründlich neu durchdacht hat.

Föhls Buch bewegt sich mehr auf den Bahnen der „Treatise“ als auf denen der „General Theory“, es ist zunächst einmal eine Geldtheorie, speziell eine Theorie der Geldschöpfung. S. 142 schreibt der Verf.: „Wir sehen die Aufgabe der vorliegenden Arbeit vor allem darin, die Grundlagen für eine Verfolgung der Wirkungen einer Geldschöpfung bis zum Erreichen eines neuen Beharrungszustandes zu klären.“ Man findet bei Föhl lehrbuchmäßige Darstellungen der Mechanik der Geldschöpfung im Anschluß an Keynes (S. 75 ff.), die man Studenten als zusätzlichen Lesestoff empfehlen sollte. Die Aspekte der Geld- und Kapitaltheorie sind von Föhl sehr stark ausgebaut und werden mit der bei ihm entwickelten Kreislaufbetrachtung verbunden.

Im Ausgangspunkt und in einigen wichtigen Annahmen stimmen Keynes und Föhl überein: Sparen (sofern man das volkswirtschaftliche Gesamtsparen meint, das das Faktorsparen und den Unternehmergewinn umfaßt) ist immer gleich der Investition. Man findet die bekannte Investitionsfunktion (wenn auch modifiziert) und die Sparfunktion sowie Ansätze der Liquiditätstheorie, wenn auch nicht die strikte Unterscheidung der Kassenhaltung zu Transaktions- und Spekulationszwecken, da Föhl den Hortungszwecken nicht nachgeht. Dann finden wir weitgehend übereinstimmende Schlußfolgerungen und wirtschaftspolitische Anweisungen.

Ausgehend von der Identität von Investition und Sparen, die er am Kreislaufbild erläutert, zeigt Föhl, wie die Investition sich die nötige Ersparnis schafft. Er schildert nicht den Multiplikatorprozeß, sondern bedient sich seiner Kreislaufdarstellung, wonach die Kosten der Produktion gleich den Einkommen der Faktoren sind und die Faktoren nur entweder konsumieren können oder sparen und die größere Nachfrage nach Verbrauchsgütern im Vergleich zum Einkommen aus der Verbrauchsgüterproduktion (Kosten) den Gewinn entstehen läßt, der zusammen mit der Faktorsparnis S die Gesamttersparnis ergibt (Zusammenfassung S. 69—72). Umfangreich wird die Rolle der Geldschöpfung bei der Kapitalbildung behandelt sowie der Einfluß der Geldschöpfung auf das Preisniveau, wobei Föhl sich kritisch mit der Quantitätstheorie auseinandersetzt und genauer den Weg verfolgt, den neu geschaffene Zahlungsmittel nehmen. Die Neissersche Kassenhaltungshypothese verhilft ihm hier zu Aussagen über das Verhältnis von Beschäftigungsgrad, Lohnhöhe und Geldmenge. Ob eine Geldschöpfung zu einer dauernden Preissteigerung führt, hängt von der Höhe des Lohnes ab. Ob der Lohn steigt, hängt von der Beschäftigungslage ab. Sofern also der Lohn nicht steigt (bei Unterbeschäftigung), kann die vermehrte Geldmenge zur Ausdehnung der Produktion führen und damit zur Beschäftigungsmehrung, falls nicht eine „unbelehrbare Lohnpolitik“ auf paralysierenden Lohnsteigerungen beharrt. Föhl macht deutlich (S. 160), daß

natürlich das Verhältnis von Ausgaben zur Ersparnisbildung der Produktionsfaktoren die Neigung der Unternehmer zur Investition beeinflußt, nicht aber die Möglichkeit, selbst nicht bei konstanter Geldmenge, da neben der Einschränkung der Verbrauchsgütererzeugung seitens der Unternehmer im Gefolge von Sparentschlüssen eine Lohndeflation des Verbrauchskreises Mittel für die Investition bereitstellt.

Im zweiten Teil der Arbeit, der nun über die bisher entwickelten Beziehungen von Unternehmern und Produktionsfaktoren hinausgeht und die „Entwicklung“ behandelt, finden sich zunächst die wichtigen Bestimmungen der Verhaltensweisen der Produktionsfaktoren und der Unternehmer, ohne die man über die Bewegung des Systems keine Aussagen machen kann. Die Produktionsfaktoren haben zwei Verhaltensrichtungen: 1. als Arbeitsanbieter, Einkommenserwerber, 2. als Einkommensverwender (S. 173 und S. 174). Für 1. übernimmt Föhl die Formulierung der Grenznutzenschule, setzt aber der Einfachheit halber das Angebot dann als konstant an. Für 2. gilt die bekannte Sparfunktion, die Einkommensabhängigkeit des Sparens. Zu dieser Annahme kam Föhl also unabhängig von Keynes. Da Föhl aber unter dem Sparen S zunächst nur das Sparen der Produktionsfaktoren versteht (wobei zu den Produktionsfaktoreinkommen auch der „statische“ Unternehmerlohn und der Eigenkapitalzins gehört), ist seine Sparfunktion nicht identisch mit der von Keynes. Die Unternehmer haben ihrerseits zu entscheiden, ob produziert werden soll und was produziert werden soll, insbesondere ob Verbrauchsgüter oder Sachkapital. Föhl konzentriert sich auf die Investitionsentscheidung, definiert aber ganz allgemein seine Unternehmercharakteristik dahingehend, daß das Verhalten aller Unternehmer von den Bedingungen der Marktlage abhängt, d. h. von Gewinn und Verlust. Besonders hervorzuheben ist, daß Föhl unterscheidet zwischen den Verhaltensweisen einer einzelnen Unternehmung und der Unternehmerschaft, was besonders wichtig wird bei der Untersuchung des Einflusses des Zinses auf die Unternehmerschaft.

Bevor der Verf. diesen Einfluß behandelt, setzt er sich umfassend mit der überkommenen Zinstheorie auseinander (S. 192 ff.). Wofür wird ein Zins gezahlt? Nicht für den Produktionsfaktor Kapital und nicht für „Kapitaldisposition“, sondern für Geld. Warum wird Zins gezahlt? Nicht weil Kapital im alten Sinne knapp ist, sondern weil Geld knapp ist. Die Geldmenge muß aber begrenzt sein, da sonst eine fortgesetzte Steigerung von Löhnen und Preisen keine Grenze hätte (S. 205). Die Nachfrage der Unternehmer richtet sich nach Geld, weil man mit ihm Produktionsfaktoren einsetzen kann, die letztlich knappen Güter, so daß der Zins, indem er die Nachfrage nach Geld begrenzt, auch die Nachfrage nach Arbeit begrenzt. Geld abzugeben kann aber niemand Interesse haben, wenn er nicht dafür entschädigt wird, daß er ein knappes Gut aufgibt. So wird der Zins für die Aufgabe der Liquidität gezahlt. Der Unternehmer kann den Zins zahlen,

weil und insofern er in der Lage ist, den Zins auf die Verbraucher abzuwälzen. Es gehört m. E. zu einem der wichtigsten Gedanken von Föhl, den Zins so mit der Nachfrage nach Arbeit verbunden zu haben. Berechtigterweise wird dies von S. 205 an (speziell S. 278) wiederholt in verschiedenen Zusammenhängen diskutiert.

Die Höhe des Zinses wird simultan mit einigen anderen Größen bestimmt, wenn man sie nicht als eine von außen gegebene Größe ansehen will. Sie ist jedenfalls nicht allein aus der Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage nach Leihgeld zu bestimmen, da beide Größen ihrerseits erklärt werden müssen und über andere Faktoren vom Zins abhängen. Die Zusammenfassung aller Größen wird in der Zustandstafel S. 271 gegeben, die für das Föhl'sche System ungefähr die Rolle spielt, die die Hickssche oder Palandersche Darstellung für das Keynes'sche System haben. Vorher wird erklärt, wie die Höhe des Zinses einen Einfluß auf die Nachfrage nach Leihgeld und damit auf die Investition hat. Föhl muß ja erklären, wie es kommt, daß die Senkung einer Kostengröße und damit zugleich kreislaufmäßig eine Erlösminderung die Nachfrage anregt, die eine Funktion des Gewinnes sein soll. Wenn aber Kosten und Erlös sich gleichmäßig ändern, ist der resultierende Gewinn gleich Null. Wie kann dann eine Zinssenkung die Investition anregen? Über die Beeinflussung der Differentialgewinne, die dadurch entstehen, daß Unternehmer mit kapitalintensiver Fertigung nach Senkung des Zinses einen Kostenvorsprung vor den anderen haben und ihn nutzbar machen können, wenn sie das Verhältnis von Kapital zu Arbeit ändern. Der Zins beeinflußt also nicht die Marktlagengewinne, die Knappheitsgewinne, sondern die Differentialgewinne, ja er läßt sie erst entstehen. Wenn die Knappheitsgewinne steigen, dann wird bei Konstanz des Verhältnisses von Kapital zu Arbeit die Produktion *expandieren*, wenn der Zins sinkt, wird ein Anreiz zur *Substitution* gegeben (S. 226/7).

Nun ist noch nicht bestimmt, welche Größe die Investition tatsächlich hat. Föhl findet sie in der der Investition zur Verfügung stehenden Geldmenge. Geldmenge im Investitionskreislauf und Nachfragefunktion bestimmen zusammen den Zins. Da die Geldmenge im Investitionskreislauf mit der Kassenhaltung der Produktionsfaktoren verbunden ist, ist die Übereinstimmung mit der Lösung von Keynes sehr groß.

Nun ist einzusehen, daß Föhl's Annahme, eine Zinssenkung beeinflusse nicht die Knappheitsgewinne der Unternehmer, allein aus seiner Definition der Unternehmervorgewinne folgt, die nicht den Unternehmerlohn und die Eigenkapitalverzinsung enthalten, welche Föhl zu den Faktoreinkommen rechnet. Eine Zinsänderung wirkt — bei gleichem Sparen — dann auf Kosten und Erlöse gleichartig. Da Föhl aber notwendig einen Zusammenhang zwischen Zins und Gewinn braucht, ist seine Theorie der Einwirkung auf den Differentialgewinn logisch konsistent. Gäbe es dieses Element nicht, so würden sich kumulative Prozesse nach oben oder nach unten nicht vermeiden lassen. Eine Klärung des Sachverhalts ist m. E. auf logischem Wege nicht möglich.

Man muß vielmehr prüfen, ob die Annahme von Föhl, die er deutlich als Annahme bezeichnet, richtig ist, daß die Unternehmer nur den Restgewinn als Knappheitsgewinn betrachten und ob sie nicht auch ihr „Faktoreinkommen“ als Aktionsvariable ansehen. Dann kann nämlich eine Änderung des Zinses direkt den Knappheitsgewinn ändern (so bei Keynes, siehe Föhl S. 258 f.), dann ist aber Cassels Ansicht nicht so falsch, wie es zunächst scheint (S. 265). In anderen Zusammenhängen wird die von Föhl angegebene Aufteilung des Unternehmereinkommens sicher sehr nützlich sein, hier stellt sie eine problematische Annahme dar, die das System im Vergleich zum System Keynes auch sehr kompliziert. Die Unterscheidung in Expansions- und Substitutionsinvestitionen bleibt eine wesentliche Bereicherung der Theorie in Hinblick auf die Wachstumsproblematik (besonders bei Vollbeschäftigung) und auf die Ableitung der Theorie des Beharrungszustandes, die Föhl gibt.

Föhl setzt seine Überlegungen über die Geldschöpfung fort mit einer Analyse der Wirkung der Geldvermehrung auf den Zins. Solange nicht Vollbeschäftigung herrscht, braucht der Zins nach einer einmaligen Geldschöpfung nicht auf den alten Wert zurückzugehen, da das automatische Aufgehen der Zahlungsmittel in Preissteigerungen ausgeschlossen ist (S. 244).

Die gegenseitige Abhängigkeit von Zins, Einkommen, Sparen, Investieren und Gewinn wird umfassend ab S. 250 behandelt, wobei unterschieden wird zwischen „natürlichen Gleichgewichten“ und „künstlichen Gleichgewichten“, bei denen von außen kommende Wirkungen, z. B. die Investitionstätigkeit des Staates, ein natürliches Ungleichgewicht doch so lange aufrecht erhält, als die Einwirkung anhält. Mit diesen Begriffen konfrontiert der Verfasser die bekannten Äußerungen über den „natürlichen Zins“. Fügt man der Darstellung noch die Angebotskurve an Arbeit, hier konstant genommen, hinzu, so ergibt sich ein geschlossenes System, aus dem sich rein hypothetisch erkennen läßt, welche Wirkung eine Beschäftigungspolitik auf die Größen des Systems hat. Föhl wählt zum Beispiel den Zinssatz als gegebene Größe. Dieser Zinssatz kann ein Gleichgewichtszinssatz sein, wiewohl keine Vollbeschäftigung herrscht, wenn sich die Tendenz zur Vollbeschäftigung nicht auswirken kann. Bei Vollbeschäftigung fällt er mit dem natürlichen Zins zusammen. Es gibt einen Zinsfuß, bei welchem die Investition ein solches Maß annimmt, daß die Gesamtnachfrage nach Produktionsfaktoren (Arbeit) gleich der Arbeitskapazität ist. Auf S. 282/283 findet sich eine kurze Zusammenfassung der Prämissen. Föhl betrachtet nun die oft unterstellte Tendenz zur Vollbeschäftigung (Vollast). Er ist der Ansicht, daß Lohnsenkungen immer diesen Punkt erreichen lassen (S. 283 ff.), geht also über die von Keynes zugegebene Wirkung von Lohnänderungen auf die Beschäftigung noch hinaus, indem er auch die von Keynes erwähnten Extremlagen, die aus der Gestalt der Liquiditätspräferenzkurve und der Investitionsnachfragekurve folgen, nicht erwähnt (das

hängt damit zusammen, daß Föhl keine genaueren Annahmen über die Hörtung und über die Gestalt der Investitionsfunktion macht). Föhl behandelt dann auch Datenänderungen während der Entwicklung des Systems zur Beharrungslage (S. 282—299), so ein Wachsen der Bevölkerung in Anlehnung an Cassel und ein Auftauchen neuer Kombinationen in Anlehnung an Schumpeter. Eine zusätzliche Geldschöpfung ist bei Vermehrung der Bevölkerung nicht notwendig, um Vollbeschäftigung zu erreichen, wenn die Löhne flexibel sind. Auch zur Durchsetzung neuer Kombinationen ist Geldschöpfung prinzipiell nicht nötig, da der Zins die Auswahl der Investitionsmöglichkeiten trifft. Übrigens findet sich S. 296—298 eine Formulierung, die sehr an das erinnert, was wir heute den Pigoueffekt nennen.

Die Kapitel 7 und 8 enthalten die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Äußerungen zur Beschäftigungspolitik seitens der Geldinstitute und des Staates. Föhl begründet in großem Umfang uns inzwischen vertraute Elemente der Fiskalpolitik. Dem eiligen Leser sei hierzu insbesondere der Artikel empfohlen, den der Verfasser der Neuauflage beigelegt hat: Die Erhaltung der Vollbeschäftigung (S. 409—436).

Will man eine Formel für dieses Buch finden, die es dogmengeschichtlich einordnet, so sind vielleicht vier Autoren zu nennen, die auf Föhl den stärksten Eindruck gemacht haben. Die Nennung dieser Namen läßt auch die weitere Aufgabenstellung des Verfassers erkennen, der in seinem Buch vieles brachte, was über die „General Theory“ hinausgeht. Die Anreger sind wohl: Keynes (Treatise), Schumpeter, Cassel (Theorie der gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft), Neisser (Kassenhaltungshypothese). Somit stand das Werk 1937 durchaus in einer Autorenreihe, die für eine breite Wirksamkeit gesprochen hätte. Daß das Werk, wiewohl das Wort Dynamik häufig gebraucht wird, noch nicht im engeren Sinne dynamisch ist, da die Größen alle undatiert erscheinen, sagt Föhl selbst. Er meint allerdings, daß eine grundsätzliche Neuformulierung (mögliche Einzelkorrekturen sind inzwischen erfolgt und wohl auch weiter denkbar) der Arbeit noch nicht aktuell sei. Wir möchten uns für die Neuauflage des Werkes, die wir nicht nur als Erinnerung aufgefaßt haben wollen, sondern als Aufforderung, es zu unserem Besitz zu machen, bedanken.

Knut Borchardt - München

Lewis, W. Arthur: *Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums*. Übersetzt im Auftrage der Friedrich List-Gesellschaft e. V. von Herbert von Beckerath. J. C. B. Mohr Tübingen-Polygraphischer Verlag A.G., Zürich. 1956. VII. 503 S.

Es ist ein sehr eigenwilliges und eigenartiges Buch, das der Verfasser vorlegt und das von Herbert von Beckerath in trefflicher Weise ins Deutsche übertragen worden ist. Der Verfasser will keine Theorie der Wirtschaftsstufen geben, er will auch nicht wie Marx oder letztlich auch Schumpeter eine Theorie aufstellen, die eine notwendige Wandlung eines Wirtschaftssystems in ein anderes darlegt, sondern

Lewis wandelt vielmehr in den Bahnen von John Stuart Mill, der in seinen ‚Principles‘ die Ursachen wirtschaftlicher Entwicklung zu ordnen sucht und dabei die Beherrschung der Natur durch den Menschen, die Zunahme von Sicherheit und Eigentum, der Kapitalanhäufung, des Wissens und der Bevölkerung aufführt. Diese Disposition von Mill wird erweitert und dabei die Frage gestellt, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um das Wachstum der Produktion je Kopf zu erreichen. Diese Problematik ist aber nicht nur eine der sogenannten unentwickelten Länder, sondern auch der schon fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Daraus ergibt sich, daß der theoretische Rahmen sehr weit gefaßt sein muß und daß nicht, wie etwa bei Schumpeter, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung zu einer aus wenigen Prämissen aufgebauten Theorie wird, sondern daß eine mehr kasuistische Darstellung der verschiedenen Möglichkeiten, die Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wachstums sind, geboten wird. Und diese Möglichkeiten ergeben sich nicht allein aus rein ökonomischen, „endogenen“, sondern auch aus außerwirtschaftlichen, „exogenen“ Ursachen. Vom Willen zur Wirtschaft und seinen Motiven ausgehend, werden dann die wirtschaftlichen Institutionen, die Ausdehnung und Organisation des Marktes, die wirtschaftliche Freiheit und endlich die sozialen und soziologischen Probleme behandelt. Daran schließt sich ein interessantes Kapitel über die Bedeutung des Wissens und der Bildung für die wirtschaftliche Entwicklung an. Den größten Umfang aber hat das fünfte Kapitel über die Bedeutung des Kapitals, dem eine Betrachtung über die Bevölkerung und die Naturschätze folgt. Die Frage, welche Bedeutung die Regierung und ihre Maßnahmen haben, wird in einem Schlußkapitel behandelt. Ein kurzer Anhang beschäftigt sich mit dem Problem, ob wirtschaftliches Wachstum aus ökonomischen Gründen wünschenswert sei oder nicht.

Kurz zusammengefaßt läßt sich der Inhalt der Theorie von Lewis etwa so formulieren: Die unmittelbaren Ursachen wirtschaftlichen Wachstums sind die wirtschaftliche Anstrengung, bedingt durch die Wertvorstellungen und durch die Institutionen. Dazu kommen die Ansammlung von Wissen und von Kapital. Alle diese Faktoren sind von gleicher Bedeutung und bedingen einander. Hohes Pro-Kopf-Einkommen und überwiegend landwirtschaftliche Bevölkerung gehen nicht miteinander. In den unentwickelten Ländern ist daher die technische Rückständigkeit der Landwirtschaft zu beseitigen. Das Geheimnis der Entwicklung ist aber, daß ein richtiges Gleichgewicht zwischen den Wirtschaftszweigen erhalten wird. Deswegen muß jedes Programm der Industrialisierung und starker Kapitalbildung in der Industrie Maßnahmen zur schnellen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion enthalten. Die dann einsetzende Entwicklung erfolgt nicht stetig, sondern stoßweise. Der Fortschritt geht in zyklischen Bewegungen vor sich, die in einem Lande schneller, in anderen langsamer aufeinander folgen. Die Gründe dafür können jedoch nicht vollständig erfaßt werden.

Man sieht, daß der Verfasser sich nicht in ausgefahrenen Gleisen bewegt. Wenn im folgenden näher auf den Inhalt des fünften Kapitels eingegangen werden soll, so deswegen, weil es die meisten Ansatzpunkte für eine Kritik bietet.

Die Hauptquellen der Kapitalbildung sind nach Lewis die verteilten und nicht verteilten Gewinne. Reicht die Kapitalbildung für die Weiterführung der Entwicklung nicht aus, so empfiehlt er den Weg der Inflation zu beschreiten. Er unterscheidet zwei Arten von Inflation, die eine, mit der die Erzeugung nützlicher, produktiver Kapitalgüter finanziert wird, und die andere Art der Inflation, die dazu dient, die Herstellung unproduktiver Güter (Kriegsmaterial) zu ermöglichen. Die erste Art der Inflation beseitigt sich nach der Meinung von Lewis von selbst, weil sie dazu führt, das Angebot von Waren auf dem Markt zu vermehren, wodurch an die Stelle der durch die Inflation hervorgerufenen Preissteigerung eine Preissenkung tritt. In unentwickelten Ländern ist eine Inflation bei gleichbleibender Produktion ohne Preissteigerung möglich, wenn die Volkswirtschaft sich im Übergang von einer weit verbreiteten Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft befindet. Im übrigen kommt es darauf an, die Inflation in engen Grenzen zu halten. Ob dies gelingt, hängt davon ab, ob durch die Inflation das Einkommen der sparenden Klassen — für Lewis die Unternehmer und die Bauern — gehoben wird, und ob diese Klassen mit dem Mehreinkommen ihre Schulden tilgen, statt sie von neuem zu investieren. Weiter ist entscheidend, wie lange es dauert, bis die durch die Inflation zusätzlich finanzierte Produktion mit ihren Erzeugnissen am Markt erscheint. Um die Inflation weiter in engen Grenzen halten zu können, empfiehlt Lewis dirigistische Maßnahmen zur Regulierung der Preise und des Außenhandels sowie endlich eine stark progressive Einkommensteuer und hohe indirekte Verbrauchsteuern auf solche Verbrauchsgüter, die in erster Linie dem Konsum der Reichen dienen. Lewis meint, daß in unseren Tagen die Technik, eine Inflation zu beherrschen, viel besser bekannt ist als vor 20 Jahren.

Wenn demgegenüber Lewis angibt, daß etwa 60 % der Kapitalinvestitionen auf Vorhaben entfällt, die erst nach verhältnismäßig langer Zeit das Angebot von Gütern auf dem Markt vermehren, so tritt hier schon die Gefahr einer inflatorischen Finanzierung deutlich in Erscheinung. Sicher ist die zusätzliche Geldschöpfung der Banken, die durch Kreditgewährung erfolgt, eine Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums. Diese Kreditschöpfung ist dann gefahrlos, wenn sich ungenützte Produktionsfaktoren in einer Volkswirtschaft befinden und wenn eine energische und zielbewußte Politik der Notenbank sie im Zaume hält, wie das in Deutschland seit 1948 geschehen ist. Gleichzeitig muß aber die Wirtschaftspolitik der Regierung alles vermeiden, was zu einer Steigerung der Preise und damit zu einer Senkung der Kaufkraft des Geldes führen könnte. Aber gerade daran hat es vielfach in den letzten Jahren gefehlt; man hat die Politik des billigen Geldes nicht rechtzeitig verlassen, weil politische und soziale

Gesichtspunkte (Vollbeschäftigung) dem entgegenstanden. Diese Gefährdung, die bei ungebundenen Währungen besonders groß ist, hat sich gerade in den letzten Jahren der weltwirtschaftlichen Entwicklung deutlich gezeigt. Lewis hat sie doch erheblich unterschätzt. Mit Recht ist daher im Frühjahr 1957 Maurice Frère auf der Generalversammlung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich der gedanklichen Verkoppelung von wirtschaftlichem Fortschritt und Inflation nachdrücklich entgegengetreten. Der Gedankengang von Lewis beruht letzten Endes auf einer Verwechselung von Geld und Kapital. Aber der Economist hat trotz dieser Ausstellungen Recht, wenn er das Buch von Lewis als „ein bedeutendes Buch“ bezeichnet.

W. M. Frhr. v. Bissing - Berlin

Schäfer, Erich: *Grundlagen der Marktforschung*. Marktuntersuchung und Marktbeobachtung. Dritte, Neubearb. Auflage. Köln und Opladen 1953. Westdeutscher Verlag. XV, 447 S.

Nachdem 1928 Kropff/Randolph ihre „Marktanalyse“ veröffentlicht hatten, ist die Marktforschung als Bereich der Betriebswirtschaftslehre immer stärker in das Blickfeld der wissenschaftlichen Forschung gerückt. Schäfers „Grundlagen der Marktforschung“ sind heute das Standardwerk auf diesem Gebiete. Dankeswerterweise gibt Schäfer selbst den Weg an, den er im Laufe seines Lebens bis hin zu dieser 3. Auflage eingeschlagen hat, so daß man sich ein gutes Bild von dem Heranwachsen der vorliegenden Problematik machen kann. Das Hauptbemühen des Verfassers ist darauf gerichtet, seine Untersuchungen nicht nur in die Betriebswirtschaftslehre, sondern auch in die übergeordneten Wissenschaftsbereiche einzugliedern. Das Werk weist drei Teile auf, von denen der erste sich mit Wesen, Gliederung und Aufgaben der betriebswirtschaftlichen Marktforschung befaßt, der zweite mit der Marktuntersuchung oder Marktanalyse und der dritte mit der Marktbeobachtung. An und für sich gehört die Marktforschung als ein typisches Grenzgebiet sowohl der Volkswirtschaftslehre als auch der Betriebswirtschaftslehre an. Ihr Erkenntnisobjekt ist seit langem ein Kernproblem der Volkswirtschaftslehre, aber gerade das Werk von Schäfer zeigt mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, wie stark bei der Bewältigung der vorliegenden Probleme in der Marktforschung Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre zusammenwirken müssen, um zu einer Totalanalyse der Marktzusammenhänge zu gelangen.

Der besondere Vorteil des Buches von Sch. liegt pädagogisch darin, daß es wirklich ein Lehr- und Handbuch ist, d. h. auf systematische und pädagogisch sachgerechte Gliederung des darzustellenden Stoffes besonderen Wert legt. Auch die Einteilung der einzelnen Kapitel läßt erkennen, wie sorgfältig und bedächtig der Verfasser vorgegangen ist. Die beiden Hauptteile (Marktanalyse und Marktbeobachtung) umfassen je zwei Unterteile, die sich mit dem Inhalt, d. h. der grundsätzlichen Betrachtung und dem Verfahren befassen. In den beiden

Anhängen werden die mathematisch-statistischen Grundlagen der Trendberechnung und der Korrelationsrechnung behandelt, so daß auch derjenige, der die entsprechenden Methoden kennenlernen will, gut unterrichtet wird und sich in den Literaturhinweisen über die bisher vorliegenden Darstellungen informieren kann.

Friedrich Bülow - Berlin

Kartell und Wettbewerb in der Schweiz. 31. Veröffentlichung der Preisbildungskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements. Bern 1957. Verlag Schweizerisches Handelsamtsblatt. 4°. 252 S.

Aus der Sorge künstlicher oder willkürlicher Preiserhöhungen erteilte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement 1936 in dem Zeitpunkt, als in Deutschland mit Beginn der Großrüstung der Preis-Stop eingeführt wurde, der Preisbildungskommission den Auftrag, eine Untersuchung über das Kartellwesen durchzuführen. Diese Arbeit wird von dem auch in Deutschland als Sachverständigen für Kartelle und Preise bekannten Präsidenten der Preisbildungskommission — Professor Dr. Fritz Marbach von der Universität Bern — geleitet. Die Schwierigkeiten derartiger Untersuchungen gehen schon aus der bedenklich langen Dauer hervor, die naturgemäß mit Änderungen der zu untersuchenden Tatbestände verbunden ist.

Ähnlich wie die deutsche Enquete über die Erzeugungs- und Absatzbedingungen, die 1926 anfang und sich bis in den Beginn der dreißiger Jahre erstreckte, führte auch die schweizerische zu einer großen Zahl von Veröffentlichungen. Es wäre aber ein Irrtum anzunehmen, daß damit derartige Enqueten wertlos seien. Sowohl die deutschen als auch die schweizerischen Untersuchungen zeitigten Feststellungen und Erkenntnisse, die trotz der Änderungen in den Verhältnissen auf die Dauer eine Fundgrube für die Erforschung des Kartellproblems bilden. Auf Grund dieser Arbeiten und der jahrelangen Erörterungen des Kartellproblems sind wir zu bemerkenswerten Klärungen und Fortschritten in der Beurteilung dieser Organisationsgebilde im Rahmen der Gesamtwirtschaft gelangt. Der vorliegende Bericht über „Kartell und Wettbewerb“ stützt sich auf die seit 20 Jahren vorgenommenen Untersuchungen der Kartellverhältnisse in einer größeren Zahl von Wirtschaftszweigen, wie z. B. Steine, Erden, Holz, Glas, Papier, Pappe, Leder, Kautschuk, Bodenbeläge, Nahrungs- und Genußmittel, Eisen, Nichteisen-Metalle, Textil und Bekleidung, Milch u. a. Da bisher noch nicht alle Zweige erfaßt werden konnten, werden die Erhebungen fortgesetzt. Die Prüfungen und die Veröffentlichungen der Ergebnisse sind umfassend und in breiter Form angelegt. Entsprechend dem Eindringen in die schwierigen Probleme ist auch die Schrift in ihrem Inhalt tief und erkenntnisreich gegliedert.

Obwohl die schweizerische Wirtschaft im Verhältnis zur deutschen an Zahl der Beschäftigten, Aufwand an Kapital, Größe des Sozial-

produktes und an weiteren volkswirtschaftlichen Größen gemessen naturgemäß mit der kleineren Bevölkerung zurücksteht, ist sie doch in bezug auf Wirtschaftszweige und ihre Organisation ähnlich gegliedert und weist sogar eine verhältnismäßig große Kartelldichtigkeit auf. Wenn auch die Zahl der heute in der Schweiz wirkenden Kartelle nicht bekannt ist, steht es doch fest, daß seit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates im Jahre 1849 in hundert Jahren bis 1948: 616 Kartelle gegründet wurden, die 1953 zum Zeitpunkt der Erhebung noch bestanden. Diese Zahl besagt in volkswirtschaftlicher Sicht wenig; sie stellt aber in ihrer stattlichen Ziffer für ein so kleines Land ein ausreichendes Untersuchungsfeld dar. Dazu kommt, daß sich viele und intensive Bekannt- und Verwandtschaften mit der deutschen Wirtschaft und ihrer Kartellierung zeigen, so daß in den Ergebnissen viele Parallelen und Übereinstimmungen auftreten.

Die Ausführungen gehen zweckmäßig von dem Kartellbegriff aus. Ein großer Teil der unterschiedlichen Beurteilungen des Kartellproblems ist bekanntlich auf Unkenntnis und auf verschiedene Deutungen dieses Begriffes zurückzuführen. Wenn in dem hier verwandten Begriff neben einer Verhütung eines Zerfalls, neben der Erhaltung und Erhöhung des Nettoertrages oder des Gewinns vor allem die Konkurrenzbeschränkung als wesentliches Merkmal angesehen wird, so paßt sich diese moderne Begriffsbestimmung der immer mehr vordringenden U.S.A.-Definition an, die auch im neuen deutschen Aufichtsgesetz angewandt wird.

Besonders interessant ist die Stellungnahme zu der Frage, ob die Gewerkschaften zu den Kartellen zu rechnen sind. Dabei werden Übereinstimmungen und Abweichungen mit dem Ergebnis aufgezeichnet, daß sie nicht unter den Kartellbegriff fallen. So richtig diese Beurteilung der Gewerkschaften als Organisationsträger der Arbeitskraft ist, darf eine sachliche Einstellung zu den Kartellen, die alle irgendwie eine Preisbeeinflussung anstreben, nicht vergessen, daß die Gewerkschaften maßgebend die Löhne bestimmen, die unter Berücksichtigung der Gesamtwirtschaft in allen Stufen und Ausbreitungen entscheidend die Kosten und damit den Preis bestimmen.

Ferner behandelt die Einleitung die kartellpolitischen Bestrebungen und Maßnahmen in der Schweiz. In der Auswertung der Kartell-Enquete wird zunächst die Kartellstruktur im Vorkommen der Kartelle, ihrem organisatorischen Aufbau, in wirtschaftlichen Kartellformen horizontaler und vertikaler Art erörtert. Dabei werden auch Bindungen mit Arbeitnehmerverbänden behandelt. Es folgen Ausführungen über die Kartell-Bildung, ihre Motive und Voraussetzungen. Auch die Wirksamkeit konkurrenzbeschränkender Mittel wird in diesem Zusammenhang beleuchtet. Ein besonderer Abschnitt ist den unerwünschten und nachteiligen Kartellwirkungen gewidmet.

Der zweite Teil behandelt die gesetzliche Regelung des Wettbewerbs. Dabei wird zu der in Deutschland in den Gesetzesberatungen eine entscheidende Rolle einnehmenden Frage einer Verbots- oder

Mißbrauchgesetzgebung Stellung genommen. Anschließend werden die einzelnen für ein Aufsichtsgesetz in Frage kommenden Punkte erörtert. Die wertvolle, ausführliche Gliederung wird durch eine Zusammenfassung der Ergebnisse ergänzt. Ein Anhang bietet eine skizzenhafte Darstellung der Wettbewerbsregelung in einigen europäischen Ländern und einen systematischen Nachweis des in der Enquete gesammelten Dokumentations- und Illustrationsmaterials.

Man kann im Ergebnis der Feststellung zustimmen, daß die Alternative: Verbots- oder Mißbrauchgesetzgebung, der in Deutschland eine entscheidende Bedeutung beigemessen wird, sich nur auf das Kartell bezieht und die vielen anderen Wettbewerbsbeschränkungen außer acht läßt. Aber es handelt sich bei dieser Alternative insofern um eine Kernfrage, die zu leicht vergessen wird, als ein Verbot der praktisch kaum zu umgrenzenden Kartelle und ihrer Maßnahmen nach aller Erfahrung zu leicht als Instrument zur Wiedereinführung einer Zwangswirtschaft auf verstecktem Wege mißbraucht werden kann. Wie die Beratungen des deutschen Entwurfs im Bundestag und seinen zuständigen Ausschüssen ergaben, erkannten die Anhänger einer Kontroll- und Zwangswirtschaft durchaus diese Möglichkeiten. Gegen wichtige andere Zusammenschlüsse, wie z. B. Konzerne, läßt sich ein Verbot von Marktmaßnahmen nicht so leicht anwenden, da es notgedrungen zu einem Kontrahierungszwang und damit zu einer Bindung des Wettbewerbs führen müßte.

Es zeugt von viel Verständnis für Markt- und Erzeugungsvorgänge, wenn dieser Bericht auf die Notwendigkeit verweist, wirksame Maßnahmen gegen Beschränkungen des Wettbewerbs nicht allein auf Kartelle zu begrenzen, sondern dabei in ihrer Gesamtheit weit wichtigere Beschränkungen privater und öffentlicher Art zu berücksichtigen. Denken wir dabei nur an Beschränkungen des Wettbewerbs durch Zölle, Kontingente, Kapitalverkehr-, Devisen- und Währungsregelungen. Wenn auch auf diesen Gebieten Bemühungen zu verzeichnen sind, so sind sie von erfolgreichen Befreiungen des Wettbewerbs weiter entfernt als die entsprechenden Maßnahmen auf dem Kartellgebiet. Der Schluß der Zusammenfassung enthält folgende bemerkenswerte Feststellung: „Die Kommission hält dafür, daß die Behörden vor allem einmal von diesen Möglichkeiten (den eben erwähnten) Gebrauch machen sollten, und zwar schon deshalb, um die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen um die Lösung der wettbewerbspolitischen Frage unter Beweis zu stellen. Dabei hätte der Bund als hauptsächlichster Träger voranzugehen.“

Insgesamt zeugt der Bericht von einer Beachtung und Förderung der Erkenntnisse auf dem schwierigen Gebiet des Kartellwesens. Das erfahrene, kluge und abgewogene Urteil über diffizile Fragen stützt sich auf viel Verständnis für die Gegebenheiten und Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens. Gefahren und Vorzüge, Vor- und Nachteile werden gerecht und sachlich gewogen unter Vermeidung von Einseitigkeiten weltfremder Modelle. Dieser Bericht ist nicht allein eine vorzügliche Einführung in das Kartellproblem; auch dem Kenner

bietet er Reize und Neuigkeiten. Vor allem gewährt er auch eine beachtenswerte Grundlage für eine Regelung des Wettbewerbs auf gesetzlicher Ebene.
Max Metzner - Berlin

Stocker, Erwin: *Die Monopolpolitik des Neoliberalismus*. (Schriften des Schweizerischen Wirtschafts-Archivs, Bd. 11.) Zürich 1957. Polygraphischer Verlag A.G.

Die Schrift fügt sich mit Sachkenntnis und klarem Blick in die wachsende Reihe willkommener Schweizer Veröffentlichungen über Markt-, insbesondere Monopol- und Kartellprobleme ein. Gestützt auf die bekannte Literatur führt der Verfasser die neoliberale Konkurrenztheorie und Monopolpolitik vor. Der dritte Teil enthält eine sachlich wägende, kritische Würdigung dieser Monopolpolitik. Auf der Grundlage der Mißbrauchbekämpfung werden die Mängel der neoliberalen Monopolpolitik aufgedeckt, dabei aber gleichzeitig die bleibenden Verdienste hervorgehoben, die vor allem in den Anreizen zur tieferen Durchdringung des Monopolproblems und auch in einer zunehmenden Mäßigung und Einsicht der Vertreter der Freiburger Schule bestehen.
Max Metzner - Berlin

Wagner, Klaus: *Die Diskussion über ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in Westdeutschland nach 1945*. Zürich 1956. Polygraphischer Verlag A.G.

Die Beratungen in Deutschland über den Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen fanden endlich ihren Abschluß. Damit verliert eine Veröffentlichung über diese jahrelangen Diskussionen an Interesse. Immerhin handelt es sich um eine fleißige Arbeit, die sich mit viel Verständnis und gutem Willen, gestützt auf eine umfangreiche Literatur, mit den kaum zufriedenstellend lösbaren Problemen beschäftigt. Auch diese Arbeit zeugt von dem großen Interesse und dem erfreulichen Verständnis der Schweiz für das Kartell-Problem.
Max Metzner - Berlin

Moxter, Adolf: *Methodologische Grundfragen der Betriebswirtschaftslehre*. (Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Forschung, hrsg. von E. Gutenberg, W. Hasenack, K. Hax, E. Schäfer, Band 4.) Köln und Opladen 1957. Westdeutscher Verlag. XII, 119 S.

Das Geleitwort des Lehrers und Herausgebers K. Hax und das Vorwort des Schülers und Autors A. Moxter reichen bis Seite VII, der Text von beidem umfaßt aber nur etwa eine Seite. Der Buchinhalt ohne Literaturverzeichnis wird mit hundert Seiten angegeben, davon sind zehn Seiten leer. Das Literaturverzeichnis umfaßt fünfzehn Seiten und enthält 298 einzeln aufgeführte Quellen, wovon 200 fehlen durften, während etwa 30 Quellen nicht genannt sind, die in einer Untersuchung dieser Art nicht fehlen durften. Es geht hierbei nicht um zufällige Lücken, sondern um eine höchst einseitige Aus-

wahl und eine höchst bedenkliche Außerachtlassung. Dies gilt zuerst für W. Rieger und seinen Schülerkreis. Verschiedene Buchveröffentlichungen und grundlegende Buchbesprechungen von W. Rieger (Schmalenbachs Dynamische Bilanz 1936, Geldwertschwankungen 1938, Die organische Tageswerthbilanz von F. Schmidt 1930, Bilanztheorie von C. W. Hauck 1935, Betriebswirtschaftslehre von F. Schönpflug 1954) sind nicht berücksichtigt. Im Gegensatz hierzu werden von Schmalenbach zahlreiche Buchbesprechungen zitiert und gewürdigt. Aber auch von anderen zitierten Autoren fehlen für die vorliegende Untersuchung wichtigste Literaturquellen; dies gilt für A. Isaac, M. R. Lehmann, H. Nicklisch, K. Mellerowicz, E. Schäfer, E. Walb. Die im Gang befindliche Diskussion über die Betriebswirtschaftslehre hat in mehreren neuesten Veröffentlichungen einen Niederschlag gefunden, die der Verf. überhaupt nicht kennt, aber kennen mußte, darunter O. Bredt, Die Krise der Betriebswirtschaftslehre, 1956, H. Keinhorst, Normative Betriebswirtschaftslehre, 1956. Nicht minder muß es stören, eine solche grundlegende Fachveröffentlichung, wie die von Eduard Weber, Literaturgeschichte der Handelsbetriebslehre, 1914, nicht genannt und verwertet zu sehen, zumal sie bei J. Löffelholz (1935) und R. Seyffert (1938) ausführlich gewürdigt wird.

Moxter meint S. 72, die Gegner der gemeinwirtschaftlichen Betrachtungsweise hätten bisher nur höchst brüchige Gegenargumente zusammengetragen, „ohne auch nur den ernsthaften Versuch zu machen, in das Wesen dieser gemeinwirtschaftlichen Betrachtungsweise einzudringen, obwohl dies doch offenbar ihre Aufgabe — als Methodologen — und nicht so sehr die Aufgabe von Schmalenbach war“, dessen gemeinwirtschaftliche Betrachtungsweise hier gemeint und verteidigt wird. Moxter kehrt hiermit die Beweislast um und fährt dann fort: „Diese Ansicht von der gemeinwirtschaftlichen Betrachtungsweise als einer bloßen Fassade kann daher nur aus einer Voreingenommenheit einerseits oder einer recht oberflächlichen Kenntnis der betriebswirtschaftlichen Literatur andererseits erklärt werden.“ Hier urteilt der Verf. nicht über einzelne Vertreter ihres Faches, wie E. H. Sieber und E. Preiser, die er vorher nennt und abkanzelt, sondern über Fachvertreter schlechthin und nicht gerade über eine geringe Zahl geringer Fachvertreter. Dem folgt eine Fußnote, welche lautet: „Eine Vermutung, die die außergewöhnlich dürftigen Literaturverzeichnisse verschiedener methodologischer Arbeiten nahelegen. Es ist außerordentlich merkwürdig, mit welchem geringen Aufwand man neuerdings Urteile über das Wesen der Betriebswirtschaftslehre zu fällen wagt.“

Hiergegen hat sich Moxter mit 298 Quellenangaben zu schützen versucht und doch ist sein Kettenpanzer von Löchern durchsetzt und von Rost zerfressen. Seine Arbeit kommt zu keiner Klärung des Verhältnisses von Betrieb und Unternehmung, von Unternehmung und Markt, von Marktwirtschaft und Gesamtwirtschaft. Sie verfehlt oder vermeidet die Grundtatbestände von Umsatz und Kapital, von Liquidität und Rentabilität. Dagegen stellt der Verf. eine „herr-

schende Lehre“ bzw. „die repräsentative Ansicht des Faches“ oder der Mehrheit der Betriebswirte heraus (S. 41, 54, 62) und glaubt damit seiner wissenschaftlichen Beweisspflicht genügt zu haben. Die in der Einleitung versprochenen Begriffserklärungen am Anfang der einzelnen Hauptkapitel sind wohl vergessen worden. Die einschlägige wissenschaftliche Publizistik in Sammelwerken, Schriftenreihen und Literaturführern fehlt nahezu vollständig.

Es wird bald zur ermüdenden Wiederholung, wenn den Anhängern Schmalenbachs immer wieder die Frage vorgelegt wird, wo ihr gemeinwirtschaftlicher Vergleichsmaßstab ist, wie ihre Wirtschaftlichkeitsmessung zustandekommt. Oder soll man die geradezu peinliche Frage hinzufügen: Wo ist die Schmalenbachsche Theorie der Betriebswirtschaftslehre? Was ist heute noch übrig von seiner heftigen Kritik an F. Findeisen, W. Rieger, von seinen freundschaftlichen Warnungen gegenüber A. Isaac, F. W. Hennig, Karl Meithner u. a.?

Ist die Rentabilität wirklich mit ein paar schneidigen Worten von Moxter abzutun, ohne daß überhaupt die Anwendung des Begriffes auf gegebene Kapital- und Gewinngrößen, auf gesuchte Geschäfts- und Umsatzmöglichkeiten, auf Sein und Können geprüft wird? Rentabilität ist doch wohl mehr als ein Quotient (vgl. S. 63)! Rentabilität ist die schicksalschwere Lebensfrage der Marktwirtschaft, die in den Dispositionen des Unternehmens auf Grund zugänglicher Informationen des Marktes, in richtigen oder falschen Entscheidungen für Millionen von Wirtschaftssubjekten ihre Antwort erheischt. Rentabilität beginnt beim Bestand oder Vorrat an Kapital (Sein), führt über dessen Einsatz und Kontrolle (Können) zum abgerechneten Ergebnis der Periode als neuem Ausgangspunkt (Bestand). Rentabilität umfaßt die betriebswirtschaftliche Literatur seit rund 500 Jahren, seitdem von den Proportionen bei L. Pacioli (1494), den Relationen bei J. J. Becher (Politischer Diskurs 1668) gehandelt wurde. Wer aber, wie der Verf., nicht einmal das Erscheinungsjahr von J. Savary richtig kennt und statt 1675, dem Erscheinungsjahr der ersten Auflage des „Parfait Negociant“, das Erscheinungsjahr der letzten Auflage 1757 nennt, wer die Rezeptensammlung des Mittelalters schon zur „theoretischen Beschäftigung mit betrieblichen Fragen“ rechnet (S. 11), wer Ludovici noch zu den Empirikern, Leuchs erst zu den Ansätzen einer theoretischen Betrachtung zählt, hat sich selbst freilich einen unbeschränkten Freibrief ausgestellt. Aber solche Freibriefe taugen nicht und gelten nicht.

H a n n s L i n h a r d t - N ü r n b e r g

Bredt, Otto: *Die Krise der Betriebswirtschaftslehre*. Düsseldorf. 1956. Verlagsbuchhandlung des Institutes der Wirtschaftsprüfer GmbH. 200 S.

Der Verfasser hat unter dem gleichen Titel eine Artikelserie in der Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Heft 2—5/1956, veröffentlicht. Hierauf nimmt die Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Januarheft 1957 Bezug und kündigt eine spätere Erörterung an. Zu

der Artikelserie von Otto Bredt haben sich bereits gegnerische Stimmen wie die von Wirtschaftsprüfer Carl Wirtz, Berlin, gemeldet. Die jetzt vorliegende Buchveröffentlichung wird eine weitere Kritik auslösen.

Sie ist in drei Abschnitte gegliedert: I. Am Scheidewege, II. Der Betrieb als Betrieb, III. Der Betrieb als Wirtschaft. Die knappen Ausführungen des ersten Teiles erinnern an die einschlägigen Veröffentlichungen von F. Schönplug und W. Prion vor zwei Jahrzehnten. Der Inhalt des zweiten Teiles unterscheidet vor allem die Struktur und die Dynamik des Betriebes, womit sich E. Schäfer eingehend befaßt hat. Im dritten Teil werden Fragen der Wertbildung und des Rechnungswesens untersucht. Was hier geboten wird, berührt sich insbesondere mit den Gedankengängen von Fritz Schmidt.

Der Gedankengang von Bredt setzt mit Erich Gutenbergs „Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre“ Bd. I ein. Er scheint weder die bisherige literarische Auseinandersetzung über die Veröffentlichung von E. Gutenberg zu kennen, noch dürften ihm neuere grundlegende Werke über die Betriebswirtschaftslehre bekannt sein. Er zitiert weder die neuesten Schriften von E. Schäfer, A. Lohmann, A. Schnettler, W. Hasenack, K. Mellerowicz, K. Röble, noch die früheren Veröffentlichungen wie die von H. Nicklisch, F. Leitner, E. Walb, W. Mahlberg oder die ältesten von J. Hellauer, J. F. Schär, A. Calmes u. a. Wie man auf solche Weise über „Die Krise der Betriebswirtschaftslehre“ schreiben kann, ist unverständlich. Die Kritik Bredts mag im einzelnen berechtigt sein, wenn er auf die Kasuistik, Analytik und das Spezialistentum (S. 6) oder auf die „Hochzucht dogmatischer Lehren“ oder das „Abgleiten in mystische Gefilde“ hinweist (S. 13). Sie ist auch da berechtigt, wo der Verf. die Gefahr zu weitgehender Abstrahierung und den Verlust der Ganzheitsbetrachtung sieht, wenn er feststellt: „dem Gutenbergschen Buch fehlt die Schau von der Ganzheit und Einheit des Betriebes und damit von dem, was wir den ‚Betrieb als Ganzes‘ zu nennen pflegen“, (S. 19). Aber Bredt übersieht völlig, daß diese Einwendungen gegen Gutenberg längst und von mehr als einer Seite innerhalb der Fachkritik vorgebracht worden sind und daß vor und nach der Veröffentlichung des zweibändigen Werkes von E. Gutenberg eine Reihe von betriebswirtschaftlichen Autoren den Gedanken der Ganzheit, der Stufen- und Schichtenbildung im Betrieb ausgesprochen betonen und ihren Darstellungen zugrunde legen. Die Kritik von Bredt trifft nicht das Fach, sie gilt nur für den einen oder anderen seiner Vertreter und auch da versäumt Bredt die entsprechenden Vertreter namhaft zu machen und sich mit ihnen so auseinanderzusetzen, wie es der anspruchsvolle Titel seines Buches erfordern würde.

Er verfällt selbst in die Mystik, vor welcher er warnt (vgl. S. 34, 42, S. 131/32). Wo Schmalenbach positiv gewürdigt wird wie bei Darstellung der Kapitalrechnung und bei Erwähnung der Unternehmung „im Spannungsfeld von Markt und Betrieb“ (S. 35, 37 ff.,

49, beim Rechnungswesen S. 138 f), dürfte dieser falsch verstanden worden sein. Die Ausdrücke wie „Heimbereich“ und „Feldbereich“, mit denen Bredt operiert, sind längst in der Soziologie durch die Begriffe „Handlungsfeld“ und „Beziehungsfeld“ (nach J. Plenge) vorweggenommen und dort besser getroffen. Die Dreigliederung in „Leitung, Mannschaft und Betriebsmittel“ ist ebenfalls im gleichen Sinne und unter besseren Ausdrücken im Fach heimisch. Was Bredt über die Leistung sagt, ist vor Jahrzehnten von E. Walb und F. Schmidt gründlicher und besser gesagt worden. Dagegen ist alles, was nach seiner Auffassung „vom Haushalt zur Wirtschaft“ führt, irrig. Es beruht auf der Gleichsetzung der Grundelemente von Haushalt und Verkehrswirtschaft, auf der unhaltbaren Unterstellung einer Art organischer Entwicklung vom Haushalt zur Unternehmung. Da es eine solche nicht gibt, sind alle Überlegungen über Ähnlichkeit und Parallelen völlig uninteressant. Im Grunde ist die Veröffentlichung keine Kritik einer Fachdisziplin, sondern eine Selbstdarstellung mit allzuviel Eigenlob (vgl. S. 190).

H a n n s L i n h a r d t - Nürnberg

Plankostenrechnung als Instrument moderner Unternehmensführung.

Veröffentlichung des Betriebswirtschaftlichen Instituts für Industrieforschung (Industrie-Institut) der Freien Universität Berlin, herausgegeben von Professor Dr. Erich Kosiol. Berlin 1956. Verlag Duncker & Humblot. 353 S.

Das Werk umfaßt zwei Beiträge aus der Feder des Herausgebers, einen Bericht des Industrie-Instituts und die Dissertation von Dr. Nikolaus Rother. Gegenstand des ersten Beitrags von Kosiol ist die auf Messung der mengenmäßigen (technischen) Ergiebigkeit des Betriebsgeschehens gerichtete Standardkostenrechnung, die sich rationaler Sollkosten (Standards) als Maßstab der Beurteilung bedient. In knapper, klarer Darstellung werden alle Probleme dieses Verfahrens behandelt: Verbrauchsmengen und Kostenbewertung, Ist-, Soll-, Plan-, Standard- und Prognosekosten, Normal- und Optimalmenge, Verbrauch und Beschäftigung, Normalisierung der Kosten, Technik der Kostenvorgabe, Wahl der Planbeschäftigung, Festpreise und Mengenrechnung, Abweichungsanalyse auf Istkosten- und auf Sollkostenbasis, Programm- und Verfahrensänderungen, Kostenträgerrechnung, Standardkostenrechnung als Wirtschaftlichkeitsrechnung, Grenzen der Standardkostenrechnung.

In seinem zweiten Beitrag analysiert Kosiol die Unterschiede zwischen der technisch orientierten Standardkostenrechnung und der prognostizierenden, ökonomisch ausgerichteten, die Rentabilität überwachenden Plankostenrechnung, die er treffend Prognosekostenrechnung nennt. Die Prognosekostenrechnung bestimmt im voraus die erwartete Beschäftigung und den dieser Planbeschäftigung entsprechenden voraussichtlichen Istverbrauch an Konsumgütern; sie schätzt die künftigen Marktpreise der Kostengüter und berechnet die erwarteten Kosten, die auf Kostenstellen und deren Kostenarten aufgegliedert

und den Kostenstellenleitern vorgegeben werden. Ebenso wie bei der Standardkostenrechnung wird der Unterschied zwischen den tatsächlichen und den vorgegebenen Kosten in Preis-, Verbrauchs- und Beschäftigungsabweichungen aufgegliedert, aber die Abweichungen der Prognosekostenrechnung haben eine andere Bedeutung. Während die Standardkostenrechnung hauptsächlich ein Lenkungsmittel für die Kostenstellenleiter ist, steht die Prognosekostenrechnung im engsten Zusammenhang mit der unternehmerischen Gesamtplanung, so daß sie sich zum Lenkungsinstrument der obersten Führungsinstanzen eignet. Da sie nicht wie die Standardkostenrechnung durch mengenmäßig bindende Normen eingeschränkt wird, sondern bewußt einen internen Ausgleich von Über- und Unterschreitungen zwischen den Verbrauchsmengen verschiedener Kostengüter sowie von Preissteigerungen und -senkungen zuläßt, erhalten die Kostenstellenleiter eine stärker auf ökonomische Belange ausgerichtete Stellung, die von ihnen eine kaufmännische Denkweise verlangt.

Das Industrie-Institut berichtet über eine Untersuchung der verschiedenen Verfahren der auf Messung der mengenmäßigen Ergiebigkeit gerichteten Standardkostenrechnung. Zunächst wird eine Inventur der in der Wirtschaftspraxis anzutreffenden und in der Fachliteratur behandelten Verfahren durchgeführt und ihre Vielfältigkeit in einer systematischen Übersicht zusammengestellt. Durch die Hervorhebung der Besonderheit der einzelnen Verfahren werden die Vorteile auf bestimmten Teilgebieten aufgezeigt, denen Nachteile auf anderen Teilgebieten gegenübergestellt werden, ohne eine wissenschaftliche Wertung vorzunehmen. Zweck der Untersuchung ist nicht etwa eine Anweisung für die Einführung eines Bestverfahrens für die Messung der mengenmäßigen Ergiebigkeit, sondern die Vermittlung eines Einblicks in die Mannigfaltigkeit der vorhandenen und der eventuell denkbaren Lösungen. Der Bericht wird durch einen Überblick über Verfahren und Erkenntnisziel der Prognosekostenrechnung vervollständigt.

Die Dissertation von Rother behandelt die Anpassung der Standardkostenrechnung an Programm- und Verfahrensänderungen mit wissenschaftlicher Gründlichkeit; sie vertieft die Untersuchung der in den übrigen Beiträgen erörterten Probleme.

Das Gesamtwerk ist eine ausgezeichnete Informationsquelle über den neuesten Stand der Plankostenrechnung; seine Lektüre kann den Unternehmern, den in der Praxis stehenden Betriebswirten und den Studierenden der Betriebswirtschaftslehre wärmstens empfohlen werden.

H e r m a n n F u n k e - B e r l i n

M e h n e r, O t t o: *Industrielle Kosten- und Ertragsprobleme*. Meisenheim am Glan 1956. Verlag Anton Hain K.G. 151 S.

Der Verfasser hat sich die Erforschung der industriellen Kosten- und Ertragsprobleme als theoretisch zu analysierende Wahlhandlungen zur Aufgabe gestellt, um Wege für die instrumentale Verwendung der gewonnenen Erkenntnisse aufzuzeigen. Er legt den Begriff Pro-

duktion eng aus und bezieht ihn ausschließlich auf die industrielle Fertigung. Die theoretische Analyse ist auf Abstraktionen angewiesen, wodurch die Verbindung zwischen dem Wirklichen und dem Gedachten verloren gehen kann; doch gewinnt sie durch Anwendung der graphischen Darstellungsform einen hohen Grad von Anschaulichkeit. Ausgehend vom Kostengesetz, d. h. der inversiven Form des Ertragsgesetzes, dessen Nichtübereinstimmung mit der Wirklichkeit der Verfasser ausdrücklich betont, wird die makro- oder mikroökonomische Institution der Produktion als graphisches Modell dargestellt, während die Produktion als Sacherzeugung durch Indifferenzlinien und deren Variationen anschaulich gemacht wird. Die statische Analyse wird durch die Untersuchung der mannigfachen realen Anpassungsprozesse ergänzt, die als Reaktion der handelnden Wirtschaftssubjekte auf strukturelle Veränderungen der Produktionsbedingungen ausgelöst werden.

H e r m a n n F u n k e - B e r l i n

Beiträge zur Wirtschaftsrechnung in der Energieversorgung. Vorträge und Diskussionsberichte der 7. Arbeitstagung am 23. und 24. April 1954 in der Universität Köln. (Tagungsberichte des Energiewirtschaftlichen Instituts, herausgegeben vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln, Heft 7.) München 1955. Verlag R. Oldenbourg. 228 S.

Ohne Vorausberechnung der Rentabilität von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen wäre die Wirtschaftsrechnung in der Energieversorgung wegen der hohen Kapitalintensität der Versorgungsbetriebe lückenhaft. Die Tagung hat die einschlägigen Probleme unter volks- und betriebswirtschaftlichen (bilanzmäßigen, steuerlichen und kalkulatorischen) Gesichtspunkten durchforscht, ohne — wie es bei der Kompliziertheit der Materie und der großen Zahl der Referate zu erwarten war — überall zu endgültigen Lösungen zu kommen.

Einmütig wurde die Forderung erhoben, daß die Abschreibung vom Zeitneuwert steuerlich anerkannt werden müßte, denn die bei steigenden Anlagepreisen entstehenden Scheingewinne unterliegen jetzt der Besteuerung, so daß den Unternehmen ein Teil der Mittel genommen wird, die zum Ersatz der unbrauchbar werdenden Anlagen erforderlich sind. Übereinstimmung herrschte auch bezüglich der Anwendung der degressiven Abschreibung auf alle Anlagegüter, deren Unterhaltungskosten mit der Zeit stark ansteigen oder deren Wirtschaftlichkeit im Vergleich mit einer Neuanlage infolge technischen Fortschritts abnimmt (Wasser- und Dampfturbinen, Kolbenmaschinen und Kesselanlagen bei den Eltwerken; Motoren, Kompressoren, Koksförder- und -aufbereitungsanlagen bei den Gaswerken; Motoren und Pumpen bei den Wasserwerken). Die Art der Degression (geometrisch oder arithmetisch oder stufenweise fallend) wurde kaum diskutiert. Bei Verteilungsanlagen wurde überwiegend die Annuitätsmethode (um ersparte Zinsen steigende Abschreibungen) der linearen Abschreibung

bei Verzinsung des Restwerts vorgezogen, ohne dem höheren Abschreibungswagnis durch Verkürzung der Nutzungsdauer Rechnung zu tragen.

Über die wirtschaftliche Problematik der Ersatzinvestitionen in der britischen Gaswirtschaft wurde berichtet, daß trotz besseren Wirkungsgrades der Neuanlagen die Gaspreise um 6,5 % erhöht werden müßten, wenn innerhalb der nächsten 10 Jahre die über 35 Jahre alten Anlagen ersetzt würden. Die Frage, ob die niedrigen Produktionskosten der alten Werke etwa durch die Berechnung der Kapitalkosten auf Grund der tatsächlichen Anschaffungswerte der Anlagen statt der betriebswirtschaftlich richtigen Ermittlung auf Zeitwertbasis verursacht sein könnten, wurde nicht gestellt. Bei Zugrundelegung der Anschaffungswerte wären nämlich die bisherigen Gaspreise zu niedrig bemessen worden, während bei betriebswirtschaftlich richtiger Berechnung der Produktionskosten gefolgert werden müßte, daß die wirtschaftliche Nutzungsdauer der Gaswerke erheblich länger als 35 Jahre wäre und daß eine Erhöhung der Produktionskosten dadurch vermieden werden könnte, daß die Ersatz- und Erweiterungsbauten unter Verzicht auf bessere technische Wirkungsgrade nach der alten Bauweise ausgeführt würden.

Die steuerliche Wirkung des Verhältnisses von Eigen- und Fremdkapital wurde an Hand von vier Beispielen untersucht. Bei gleichem Gesamtkapital, gleichem v.H.-Satz der Dividende und 8 % Fremdzins wurde die steuerliche Vorbelastung unter Zugrundelegung eines Körperschaftsteuersatzes von 60 % mit 74,2 % bei 100 % Eigenkapital, mit 60,6 % bei 67 % Eigenkapital, mit 52,3 % bei 50 % Eigenkapital und mit 37,1 % bei 25 % Eigenkapital errechnet. Bei gleichem Überschuß der vier Finanzierungsbeispiele wurde die ausschüttbare Dividende mit 4 %, 4,7 %, 5,5 % und 7,2 % ermittelt. Durch die große Steuerreform erhöht sich die ausschüttbare Dividende durchschnittlich um 40 % ohne das gegenseitige Verhältnis der Dividendensätze wesentlich zu verändern.

Allen an der Energiewirtschaft interessierten Kreisen ist das Studium des Tagungsberichts wärmstens zu empfehlen.

H e r m a n n F u n k e - Berlin

Neuordnung der öffentlichen Haushalte. Ein Beitrag zur volkswirtschaftlichen, staatswissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Planung der öffentlichen Verwaltungs- und Finanzwirtschaft. Ausgearbeitet im Auftrage des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg von H e r b e r t W e i c h m a n n und C u r t W a w r c z e c k. (Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Nr. 3.) Hamburg 1952. Verlag Weltarchiv GmbH. 99 S., 5 Anlagen.

Einleitend werden die Unzulänglichkeiten des einfachen Kameralsystems der institutionellen Planung begründet und die Vor- und Nachteile anderer bekannter Systeme erörtert. Eine Reform, die dem Strukturwandel der öffentlichen Wirtschaft und der Volkswirtschaft Rechnung trägt, erfordert einen neuen öffentlichen Haushaltsstil, für

dessen systematische Entwicklung das vorliegende Werk einen Beitrag liefert.

Die vorgeschlagene Systematik, die nicht rein theoretisch konzipiert, sondern aus der bestehenden Haushaltspraxis entwickelt worden ist, indem der stoffliche Inhalt und das Zahlenmaterial dem Haushaltsplan der Stadt Hamburg entnommen und auf neue Ordnungsprinzipien und Klassifikationen umgestellt wurden, geht davon aus, daß es sich bei echter Haushaltsplanung um drei nach Art und Bestimmung verschiedene Vorgänge handelt, die unabhängig voneinander geplant, aber untereinander in funktionelle Zusammenhänge gebracht werden müssen, nämlich: 1. um die Planung der öffentlichen Aufgaben und Dienste im Verhältnis zum öffentlichen Aufwand für ihre Durchführung (Wirtschaftsplan), 2. um die Planung der Angemessenheit dieses Aufwands im Verhältnis zu seinen finanzwirtschaftlichen Deckungsmöglichkeiten (Finanzplan), 3. um die Zuteilung des Vollzugaufwands und der dazugehörenden Deckungsmittel an die Vollzugsträger (Haushaltsplan). Die drei Pläne sind in der Form eines rechtwinkligen Koordinatensystems dargestellt, dessen horizontale Gliederung in allen drei Plänen die öffentlichen Aufgaben und Dienste in folgender Anordnung aufführt: A. Haushalt der Verwaltung, B. Haushalt des Finanzvermögens. Der Bereich A umfaßt die Hauptgruppen: I. Laufender Verwaltungsaufwand, II. Investitionen in das Verwaltungsvermögen, III. Beiträge zu Allgemeinlasten, IV. Verstärkungsmittel für unvorhergesehenen Bedarf, der Bereich B die Hauptgruppen: I. Investitionen in das Sachvermögen, II. Investitionen in das Kapitalvermögen. Die Hauptgruppen sind in Gruppen, diese in Untergruppen (Aufwandstellen) gegliedert; der Bereich A umfaßt die Spalten 1 bis 42, der Bereich B die Spalten 43 bis 72. Der Spalte 73 „Staatlich-kommunaler Gesamtfinanzbedarf“ folgen im Wirtschaftsplan die Spalten 74 bis 83 „Deckungsmittel“ und 84 bis 86 „Deckungsausgleich und -ergebnisse“, im Finanzplan die Spalten 74 bis 82 „Gesamtdeckungsnachweis nach Art und Herkunft der Deckungsmittel“. In der Senkrechten enthält der Wirtschaftsplan die Gliederung der Aufwendungen in 18 Aufgabenbereiche, deren weitere Unterteilung erstens nach den einzelnen Aufgaben entsprechend ihrer verwaltungsmäßigen Zugehörigkeit und zweitens nach der Art der einzelnen Dienste vorgenommen wird. Der Finanzplan weist in den ersten vier Zeilen den Gesamtfinanzbedarf, gegliedert nach ordentlichem Haushalt, außerordentlichem Haushalt und saldiertem Bundesanteil, auf; er zeigt weiterhin in der Senkrechten die Gliederung des Haushalts in verwaltungswirtschaftliche Dekkungskategorien: A. Haushalt der Verwaltung, B. Haushalt des Finanzvermögens. A ist unterteilt in: I. Eigendeckung aus der Betriebswirtschaft, II. Fremddeckung, III. Deckung aus Steuern und Ablösungsentgelten; B ist gegliedert in: I. Eigendeckung aus der Vermögenswirtschaft, II. Eigendeckung aus der Vermögenssubstanz. Die weitere Gliederung erfolgt nach Deckungsarten und -quellen. Der Haushaltsplan stellt in der Senkrechten die Finanzbedarfe (A) den Deckungsmitteln (B) gegenüber; A und B wiederholen die Angaben des Wirt-

schaftsplans und des Finanzplans in konzentrierter Form. Die Haushaltsabrechnung knüpft unmittelbar an den Haushaltsplan an, so daß nicht nur der kassenmäßige, sondern gleichzeitig auch der verwaltungs- und finanzplanmäßige Planungsvollzug zur Kritik gestellt wird. Während bei der Planung der Wirtschaftsplan für die nach dem Finanzplan abzuwickelnde Finanzwirtschaft maßgebend ist, dominiert bei der Abrechnung der Finanzplan für den kassenmäßigen Ausweis des Planungsvollzugs, der durch die Angaben des Wirtschaftsplans sachlich erläutert wird. Dementsprechend werden in der Abrechnung die Querschemata der Pläne als Längsschema und die Längsschemata der Pläne als Querschema dargestellt. Das Ergebnis der Abrechnung ist der haushaltsrechtliche Vollzugsnachweis und das kassenmäßige Haushaltsergebnis.

Etwaigen Bedenken, daß die Durchführung des vorgeschlagenen Systems zu hohe Kosten verursacht und zu hohe geistige Anforderungen an die mit der Planung befaßten Personen stellt, wird entgegengehalten, daß bei der heutigen Unklarheit und Unsicherheit der Methoden der kostspielige Wechsel der Anordnungen im Verlauf der Planungsarbeiten teurer zu stehen kommt als der Aufwand, der durch die Aufstellung eines besonderen Wirtschaftsplans neben dem Haushaltsplan entstehen könnte, zumal der einheitliche Aufbau der neuen Pläne die Anwendung des Lochkartenverfahrens begünstigt.

H e r m a n n F u n k e - Berlin

Beobachtung und Experiment in der Sozialforschung. (Praktische Sozialforschung, Band II.) Herausgegeben von René König unter Mitarbeit von Peter R. Heintz und Erwin K. Schaub. Köln 1956. Verlag für Politik und Wirtschaft. 346 S.

Der vorliegende zweite der von René König herausgegebenen Bände zur praktischen Sozialforschung, der sich dem im Jahre 1952 erschienenen Band über die Formen und die Technik des Interviews anschließt, vermittelt in einer auserlesenen Beitragsfolge einen aufschlußreichen Einblick in die vielgestaltige Beobachtungspraxis sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute. Das Sammelwerk stützt sich auf die Erfahrungsergebnisse einer längeren Studienrundreise, die den Herausgeber an die bekannten Forschungszentralen amerikanischer Hochschulen führte und mit deren Leiter- und Mitarbeiterstab in engste Berührung brachte. Diesem Umstande ist auch die Auslese repräsentativer Autoren entsprungen, die hier mit Grundlegungen zum Hauptthema sowie spezialmethodischen Beiträgen über neuerprobte Verfahrenstechniken in z. T. als Abdrucke aus dem neueren amerikanischen Schrifttum übernommenen Beiträgen vertreten sind.

Im Rahmen der schon durch den Haupttitel angezeigten Zweiteilung — Beobachtung und Experiment — befaßt sich die erste Gruppe von Beiträgen mit dem Verfahren der Beobachtung, das hier als wissenschaftliche Methode (W. J. G o o d e), als Verfahrenstechnik (Marie J a h o d a, M. D e u t s c h, St. W. C o o k) sowie als Spezialproblem der persönlichen Mitwirkung bei Einzelfall-

studien (R. K. Bain), der systematischen Gruppenbeobachtung (A. Zander) und der sogenannten Zwischenaktionsanalyse, d. h. der typischen Verhaltensweise im kleinen Gruppenverkehr, wie sie vom „Laboratorium für soziale Beziehungen“ an der Harvard-Universität besonders gepflegt wird, behandelt wird. Im zweiten Teil der Beitragsfolge, in deren Mittelpunkt das Experiment als Verfahrensform steht, werden im Anschluß an die formalmethodische Grundlegung der einleitenden Beiträge (von E. Greenwood und F. St. Chapin) zwei neuzeitliche Verfahren der experimentellen Laboratoriumsarbeit: das *Feldexperiment* zur Feststellung von Änderungen der Gruppenproduktivität (J. R. P. French) und das *Laboratoriumsexperiment* zur Ertestung der Gruppenzugehörigkeit (L. Festinger) herausgestellt. Neben der Behandlung der verschiedenen, für den Soziologen und Sozialpsychologen besonders aufschlußreichen Experimentalverfahren werden in einem Sonderbeitrag (von R. Lippitt) auch die Möglichkeiten der Verfahrensverbundung als „Strategie der sozialpsychologischen Forschung“ aufgezeigt. Den Abschluß der zweiten Beitragsgruppe bildet eine Abhandlung zum Typus der „Einzelfallstudie“ (W. J. Gode und Z. K. Hall), die das methodische Vorgehen bei Gewinnung monographischer Daten über die Verfassung und Entwicklung bestimmter Persönlichkeiten und Gruppen oder auch die Gestaltung von Einzelprozessen — als komplexe Darstellung von Einzelproblemen eines engeren Beobachtungskreises und Beobachtungsobjektes, unter gleichzeitiger Anwendung verschiedenartiger Beobachtungstechniken, zum Gegenstand hat.

Es war bei dem gegenwärtigen Nebeneinander der verschiedenen Forschungsrichtungen, Beobachtungsmethoden und Arbeitsmittel im Aktionsbereich der institutionellen Sozialforschung für den Herausgeber kein leichtes Unterfangen, die Vertreter beider Gruppen in richtiger Abstimmung ihrer spezifisch sachlogischen und vom globalen Forschungsstandpunkt repräsentativen Arbeitsleistung zu Worte kommen zu lassen. So war es auch nicht zu umgehen, daß bei der redaktionellen Zusammenstellung der — teilweise als Abdrucke des veröffentlichten Schrifttums übernommenen — Einzelbeiträge zu einem unter einheitlichem Leitmotiv geformten Gemeinschaftswerk gewisse Wiederholungen und Gegensätzlichkeiten der durch die verschiedenartigen Arbeitsstätten und Autorengruppen vertretenen Auffassungen in der Form und Wirkungsweise der angewandten Beobachtungsmethoden mit in Kauf genommen werden mußten. Andererseits ist bei der Kenntnisaufnahme und Nutzbarmachung der hier behandelten Verfahrensarten — wofür die Beitragssammlung selbst ein Schulbeispiel liefert — zu bedenken, daß eine scharfe Trennung der Arbeitsmethoden nach reiner Beobachtung und reinem Experiment in der werktätigen, erhebungstechnischen Handhabung, streng genommen, nicht zu rechtfertigen ist. Es ist also die Trennung „mehr der Ausdruck vorherrschender Tendenzen als eines absoluten Unterschiedes“ und die Arbeitsstrategie, je nach Beschaffenheit und Modi-

fizierbarkeit der Materie und je nach der Einstellung des Forschers zu seinem Objekt, eine Frage des zweckrationalen Einsatzes der verschiedenen Beobachtungsmittel am natürlichen oder „manipulierten“ Untersuchungsgegenstand. Daraus folgt, daß eine Nutzbarmachung der in den einzelnen Abschnitten behandelten Verfahrensregeln der rein beobachtenden und der experimentellen Aufnahme nicht in vorbehaltloser Nachahmung spezieller auf amerikanische Lebensverhältnisse zugeschnittener Techniken bestehen kann, da die Anwendbarkeit auch bewährter Laboratoriumsrezepte aus der Sache selbst gerechtfertigt werden muß. So hält König, wie er in seinem einleitenden Beitrag zum Hauptthema betont, das rein beobachtende Aufnahmeverfahren dem eigentlichen Experiment für grundsätzlich überlegen oder zumindest für ihm übergeordnet. Er geht hierbei von der Auffassung aus, daß bei weiterem Vordringen der experimentellen Meßtechnik die vergleichende Beobachtungsmethode gewissermaßen als die sachbedingte Technik des Experimentierens fungiert.

Dem deutschen Leser bleibt es vorbehalten, aus der überreichen Fülle der dargebotenen Arbeitsstoffe und Beobachtungsformen experimentelle Anregungen zur Erweiterung und Verfeinerung der seinem eigenen Beobachtungsraum und seiner spezifisch sachbedingten Beobachterhaltung angemessenen Verfahrenstechnik zu schöpfen. Die Vielzahl der behandelten Beispiele aus der amerikanischen Institutspraxis, die den Gebieten der Soziologie, der Sozialpsychologie und der Sozialanthropologie entnommen sind, wird wesentlich dazu beitragen, ihn vor kritikloser Übernahme naturwissenschaftlicher Experimentalkunst auf soziale Beobachtungskreise zu bewahren. Als wesentliche Erleichterung bei zweckbewußter Ausrichtung der zu wählenden Beobachtungsmethode ist für den Benutzer des Handbuches die Beigabe eines besonderen „Glossars zur Verdeutschung englischer Fachausdrücke aus der Methode der empirischen Sozialforschung“ zu begrüßen, die ihn mit der umfänglichen Terminologie der neuartigen neben derjenigen der bestehenden Aufnahmeverfahren vertraut machen soll. Im übrigen bietet der bibliographische Anhang, der im Anschluß an das im ersten Band über das „Interview“ aufgeführte Schrifttum eine ausgewählte Zusammenstellung der — auch in deutschen Büchereien greifbaren — Werke und Zeitschriftenbeiträge über die formalmethodische und verfahrenslogische Struktur der modernen Beobachtungspraxis enthält, einen summarischen Einblick in die verwirrende Vielzahl der Neuerscheinungen im Werkstattbetrieb der amerikanischen Sozialforschung.

Wenn mit dem Erscheinen des dritten Bandes über „Testen und Messen in der Sozialforschung“ die Systematik der sozialen Beobachtungsmethoden als Trilogie abgeschlossen sein wird, so dürfte damit nicht nur ein Handbuch zur Gesamtorientierung, sondern auch eine Diskussionsgrundlage für den internationalen Erfahrungsaustausch über Möglichkeiten und Grenzen einer differenzierten Erforschung der gesellschaftlichen Beziehungen geschaffen sein.

Charlotte Lorenz - Göttingen

Technische Hilfsmittel der Statistik, Hrsg. von Präsident Dr. Karl Wagner (Sonderheft des Allgemeinen Statistischen Archivs). München, Verlag Carl Gerber, 112 S.

Wer wie der Referent ein Menschenalter im Dienst der praktischen Statistik gestanden hat, weiß am besten die besondere Bedeutung der technischen Hilfsmittel der Statistik zu würdigen und muß deshalb von Herzen Ja sagen zu der Herausgabe einer Schrift, die wie die vorliegende geeignet ist, die Anwendung dieser technischen Hilfsmittel im täglichen Betrieb der Statistischen Ämter zu fördern. Aus seinen eigenen Erfahrungen bei der Volks- und Berufszählung von 1925 weiß der Referent, wieviel psychologische und technische Widerstände erst zu überwinden waren, ehe ein gedeihliches Arbeiten mit elektrischen Zählmaschinen möglich war. Dabei ist vor allem festzustellen, daß diese Maschinen heute eine weit größere Leistungsfähigkeit besitzen als damals und in der Lage sind, Sortier- und Tabellierarbeiten zu vollbringen, die man damals noch für kaum möglich gehalten hätte. Hierzu äußert sich in der Schrift der jetzige Münchner Professor Hans K e l l e r e r in dem Aufsatz „Lochkartenverfahren und Statistik“. Über „Rechenmaschinen und Rechengерäte“ schreiben Rob. R o s e n k r a n z und Rud. G i e h l, München, und unterscheiden dabei nichtmaschinelle und maschinelle Rechenwerkzeuge. Sie erinnern einleitend an die geistige Vorarbeit von Männern wie Blaise Pascal (Addiermaschine von 1642) und Leibniz (Rechenmaschine von 1673). „Die Einrichtung eines Zeichenbüros für den statistischen Dienst“ behandelt Bruno S a a r, München, der mit Recht die Bedeutung der Technik für die graphische Darstellung hervorhebt. Mit „Vervielfältigung und Druck“ endlich befaßt sich Kurt T r e i t s c h k e, der Leiter des Berliner Statistischen Landesamtes. Er gibt vor allem auch einen guten Einblick in die K o s t e n der verschiedenen Vervielfältigungsverfahren.

P e t e r Q u a n t e - K i e l

Taschenbuch für Verwaltungsbeamte. Carl Heymann Verlag KG., Berlin, Detmold, Köln, München. 716 S.

Das Erscheinen des mit einem Geleitwort des früheren Bundesinnenministers Dr. L e h r von Ministerialdirektor Dr. O p p l e r herausgegebenen Taschenbuchs, das nach langen Jahren wieder herausgekommen ist, wird von allen Behörden, Verwaltungsbeamten und Interessenten mit Dankbarkeit begrüßt werden. Es bringt wie früher eine Aufzählung der Verwaltungsbehörden im Bund und in den Ländern mit den Namen der leitenden Verwaltungsbeamten. Ein 103 Seiten langes Namensregister sichert die leichte Benutzbarkeit. Mit Recht verdient das Werk den Namen eines „Kleinen Staatshandbuchs“, das sich seinen alten Platz sehr schnell wieder erobern wird.

H a n s P e t e r s - K ö l n